Nr. 201 SONNTAG, 18. April 1937

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Das Gesicht des Faschismus
Die Rasenbank am Elterngrab
Eine braune Niederlage
Hitlers Rache am Vatikan

Helden des illegalen Kampfes

Bekenntnismut gefangener Sozialdemokraten bis in den Tod

Daß das Gedankengut der Sozialdemokratie in Deutschland lebt, beweist am besten die Haltung unserer Genossen in den Hochverratsprozessen: Da werden Funktionäre der illegalen Bewegung angeklagt und werden im Gerichtssaal zu unerbittlichen Anklägern des Hitlersystems, da werden unbekannte Genossen, die niemals eine Funktion bekleideten, verhaftet, gefoltert und — stehen mannhaft zu ihren Gesinnungsgenossen, verraten niemanden, bekennen sich unerschütterlich zur Sozialdemokratie.

In der Berliner Parteigeschichte wird einst, wenn die Gerichtsakten der Oeffentlichkeit übergeben werden können, der Prozeß gegen Markwitz und Genossen neben die großen historischen Prozesse aus der Heroenzeit des Sozialistengesetzes gestellt und die angeklagten Genossen, nicht zuletzt Hirschberg als Blutzeugen in illegaler Kampfzeit gefeiert werden.

Markwitz wurde im März 1935 verhaftet. Die Gestapo vermutete in ihm, der bereits 1933 wegen Hochverrates acht Monate in Haft war, das Haupt der Berliner illegalen SPD. Markwitz schwieg, nannte trotz grausamer Torturen weder Namen noch Adressen. Er, der alte Frontsoldat und überzeugte Sozialdemokrat, war weder zu erschrecken, noch in seiner Ueberzeugung zu erschüttern. Die Gestapo schäumte vor Wut, zumal sie feststellen mußte, daß die Verbreitung illegaler Schriften ungehemmt weiterging. Nach zwei Monaten hatte sie endlich Glück. Durch Zufall kam sie auf die Spur Löfflers und Dr. Hirschbergs und konnte diese beiden, dann noch etwa 20 Sozialdemokraten verhaften. Man fand aber nur wenig Beweismaterial — einige Dutzend Nummern des »Neuen Vorwärts« und der »Sozialistischen Aktion« — obwohl in Berlin tausende von Hand zu Hand gingen. Die Gestapobeamten boten alles auf, um die ganze Organisation aufzudecken. Sie warf die Verhafteten ins Columbiahaus, ließ sie dort foltern, um Geständnisse zu erpressen, versuchte durch fingierte Zeugenaussagen Mißtrauen unter den Genossen zu wecken und sie gegeneinander auszuspielen, bot Freiheit für Aussagen an — alles vergeblich. Die ruhige, feste Haltung Markwitz' bei den Verhören, seine Anklagen gegen das Foltersystem, sein Appell an das Notwehrrecht unterdrückter politischer Ueberzeugung wurde bestimmend für die Haltung aller Beschuldigten.

Bei einem von ihnen erhoffte sich die Gestapo Erfolg: Hirschberg! Er war Intellektueller, gewiß nur »Parteibuchbeamter«, klein, schwächlich, unterernährt und — Jude, zudem aus Rußland gebürtig, wenn auch deutscher Frontsoldat. Gegen ihn wurde die ganze Bestialität der SS eingesetzt. Er wurde in der entsetzlichsten Weise gefoltert — und erklärte, jede Aussage zu verweigern und — Sozialdemokrat zu sein und zu bleiben! Die Mitbeschuldigten schrien auf, als sie ihn zur Unkenntlichkeit zerschlagen wiedersahen und waren stolz auf ihn, als er vorbildlich jeden Verrat ablehnte und Zeugnis für seine Gesinnung ablegte!

Im Oktober 1936, nach mehr als 1½-jähriger qualvoller Untersuchungshaft, kam es zum Prozeß vor dem Volksgerichtshof Berlin. Die Oeffentlichkeit wurde sofort ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie soll, kann man sie schon nicht ausrotten, wenigstens totgeschwiegen werden — und damit die Foltermethoden des Columbiahauses! Der Senat war besonders prominent besetzt: Mit einem hohen Marineoffizier, einem Fliegeroberst, einem SS-Obergruppenführer, Freiherrn von Eberstein... Der Reichsanwalt vertrat die Anklage mit dem vorgeschriebenen Fanatismus gegen die Sozialdemokratie — die zwar erledigt, verjagt, ausgerottet sei, aber doch dem Staat und der Partei so gefährlich, daß Abschreckungsurteile am Platze seien!

Dann sprach Markwitz — ruhig, sachlich, nüchtern. Er sprach zweimal, insgesamt 5 Stunden darüber, daß das Hitlersystem wirtschaftlich und außenpolitisch das deutsche Volk ins Verderben führe. Nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch werde die Sozialdemokratie berufen sein, Deutschland zu retten. Er bekenne sich stolz zu ihr. Seine Mitangeklagten seien unschuldig, schuldig im Sinne der Anklage sei lediglich er allein. Wahrhaft schuldig im Sinne der Moral sei aber das System selbst, nicht zuletzt durch seine Foltermethoden!

Da unterbrach der Senatspräsident, der mit dem Senat die überzeugenden Ausführungen Markwitz' interessiert angehört hatte, auf Wink des Reichsanwalts die Verhandlung...

Dann kamen die anderen Angeklagten zu Worte: Markwitz hatte beispielgebend gewirkt. Jeder wuchs in seine Kämpferrolle hinein, jeder entlastete die Genossen, jeder bekannte sich zu seiner Gesinnung. Als letzter sprach Hirschberg. Er sei 1921 der Sozialdemokratie beigetreten, aus tiefster Ueberzeugung. Oft habe man ihn verdächtigt, daß er nur Karriere machen wolle, was ihn namenlos gekränkt habe. Endlich habe sich 1933 für ihn die Möglichkeit ergeben, seine Ueberzeugungstreue unter Beweis zu stellen — er sei zur Mitarbeit an der illegalen Arbeit berufen worden. »Ich war selbstverständlich stolz auf dieses, mich überaus ehrende Angebot und habe getan, was ich konnte!« Der Senatspräsident fragt, wie Hirschberg denn zur Gewaltanwendung stehe. »Einmal wird das Volk frei wählen dürfen. Wenn dann die Regierung nicht zurücktritt, wird es Recht und Pflicht des Volkes sein, sie mit Gewalt zu beseitigen!!«

Das Volksgericht sprach dann das, von Staat und Partei verlangte Urteil: Markwitz wurde zu 6, Löffler zu 8, Hirschberg zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt, die anderen Angeklagten kamen glimpflicher davon. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Angeklagten aus Ueberzeugung gehandelt hätten, daß keine Möglichkeit bestand, sie davon abzubringen und daß sie deshalb exemplarisch bestraft werden mußten...

Die Angeklagten nahmen das Urteil unbewegt auf — nur Hirschberg stellte fest, daß er die Urteilsbegründung als Ehrenerklärung auffasse!

Hirschberg kam ins Zuchthaus Brandenburg, wo er schwerste körperliche Arbeit leisten mußte, dann im März nach Braunschweig. Kurz vor Ostern erhielt er den ersten Besuch seiner Frau bewilligt. Sie fand ihn ungebrochen trotz alledem, ruhig-heiter wie immer und voll unverwüstlichem Optimismus. Einige Tage später erhielt sie die Nachricht von seinem »plötzlichen Tode«. Am Sonntag vor Ostern wurde der Sarg, der nicht geöffnet werden durfte, in Berlin den Flammen übergeben. Viele hunderte Freunde waren zugegen — in tiefer Ergriffenheit von dem Schicksal dieses Helden und — fest entschlossen, sein Werk fortzusetzen bis zum Tage der Freiheit!

Kt.

Eine braune Niederlage

Der Brüsseler Agent des Systems enttäuscht

Das braune System sucht die Niederlage zu verschleiern, die es im Ausland erleidet. Nach dem Zusammenbruch der italienischen Offensive an der Guadalajarafront übte sich die gleichgeschaltete Presse in gespielt objektiver Gleichgültigkeit — so als ob eine italienische Niederlage in Spanien nicht auch eine deutsche Niederlage wäre, als ob die deutsche Regierung an dem schmutzigen Francogeschäft nicht ebenso stark beteiligt wäre wie die italienische.

Die gleiche Haltung nimmt sie jetzt wieder ein angesichts der Niederlage, die die belgische Spielart des internationalen Faschismus erlitten hat. Die Niederlage Degrelles, der auszog, um einen Demonstrationswahlsieg zu erfechten, statt dessen Stimmen verlor und noch nicht 20 Prozent der Stimmen erreichte, ist eine Niederlage seiner deutschen Hintermänner. Vielleicht schiebt Göbbels auch diesmal die Niederlage dem italienischen Bundesgenossen zu; denn Degrelle hat seinerzeit im italienischen, nicht im deutschen Rundfunk gesprochen. Aber alle gespielte Gleichgültigkeit ist umsonst. Degrelle — das sind ihre Methoden, ihre Hoffnungen, ihre Politik und ihr Geld. Degrelle gehört zu jenen Agenten des internationalen Faschismus neben Mussert, Mosley und Zankow, die gemeinsam in Berlin Instruktionen von Göbbels und Heß empfangen haben. Degrelle war für die braune Politik eine Spekulation auf einen Konflikt zwischen Flamen und Wallonen, auf eine Zerstörung der parlamentarischen Demokratie in Belgien. Wer weiß, vielleicht hat sie in ihren kühnsten Träumen schon gesehen, wie deutsche Truppen einer »nationalen«, das heißt einer faschistischen belgischen Regierung zu Hilfe eilen gegen »rotes Untermenschentum«?

Denn das braune System hat auf die belgische Spielart des Faschismus mindestens eine Zeit lang große Hoffnungen gesetzt — und mit ihm der internationale Faschismus. Diese Wahl, die Degrelle in Brüssel nach Göbbelschen Methoden organisiert hat, war ihm wichtig vor allem im Hinblick auf seine Auftraggeber und Hintermänner. Sie sollte für ihn das werden, was die Wahl von Lippe für Hitler gewesen ist. Sie sollte eine steckengebliebene Bewegung künstlich in neuem Aufstieg zeigen, sollte ihr bei den Geldgebern neuen Kredit verschaffen, und sollte vor allem den politischen Drahtziehern eine Handhabe geben. Denn die faschistischen Wahlkämpfe haben keineswegs den Zweck, dem Respekt vor dem Volkswillen zu dienen, sondern scheindemokratische Vorwände für Staatsstreiche zu liefern. Wenn Degrelle in Brüssel rund 100.000 Stimmen erreicht hätte — in einem Wahlkreis des Landes, und noch nicht 30 Prozent — dann hätte er unverblümt verkündet, der Wille des Volkes schreie nach dem Faschismus und der Diktatur, ebenso wie seinerzeit Hitler in Deutschland, als er trotz des sichtbaren Rückgangs des Masseneinflusses seiner Partei im Januar 1933 in Lippe, im kleinsten deutschen Lande, bei einer Landtagswahl ein paar Prozent Stimmen gewonnen hatte. Wie seinerzeit die Zwergwahl von Lippe für einen Stimmungsschwindel der Staatsstreichbande benutzt worden ist, so hätte ein Stimmengewinn Degrelles in Brüssel den Diktatoren in Berlin und Rom dazu dienen müssen, die Serie der Mißerfolge des internationalen Faschismus mit lautem Geschrei über den unaufhaltsamen Vormarsch des Faschismus zuzudecken. Sie wären damit hausieren gegangen in Deutschland und Italien, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, in der Schweiz und in Polen, in Rumänien und in Bulgarien. Sie hätten damit von der Niederlage von Guadalajara wie vom Stimmungsverfall in Deutschland abzulenken versucht.

Die Niederlage Degrelles hat einen Strich durch alle Rechnungen gemacht, sowohl durch die Hoffnungen auf eine Faschisierung Belgiens als auch durch die begrenzteren Hoffnungen der braunen Propaganda auf einen Ablenkungslärm. Sie ist für die braune Propaganda sogar sehr gefährlich. Sie ist ein wichtiges Glied in der Kette demokratischer Wahlsiege, die den unter der Diktatur seufzenden Deutschen allmählich wie ein unerbittliches Schreiten des Schicksals erscheinen müssen, das langsam aber sicher den internationalen Faschismus zurückdrängt. Bei solchen Wahlen fragt sich schließlich jedermann in Deutschland, wie würde es bei uns aussehen, wenn wir wirklich wählen würden, angesichts des allgemeinen Stimmungsverfalls, angesichts der Mißstimmung über den spanischen Krieg, angesichts der Furcht vor einem Hitlerkrieg? In Deutschland aber wird nicht gewählt. Es wird nicht einmal mehr zu befehlsgemäßer Stimmzettelabgabe unter Kontrolle aufgerufen, wie es in den abgelaufenen Hitlerjahren einigemale geschehen ist — denn schon das erscheint dem System unter den heutigen Umständen als viel zu gefährlich. Es fürchtet, daß das Sichtbarwerden einer Opposition eine lawinengleiche Wirkung hervorrufen könnte. Daher auch die gespielte Gleichgültigkeit angesichts der Niederlage von Degrelle und die Haltung des Unbeteiligtseins.

Aber wen täuscht man damit? Die Tatsache der Wahlniederlage Degrelles ist bekannt, und es gibt sehr viele Deutsche, die frohlockend sagen: Hitler hat in Brüssel eine Wahlniederlage erlitten!

Der geraubte Friedenspreis

Ossietzkys Martyrium und Europas Schande

Das hat sich wohl der Idealist Alfred Nobel nicht träumen lassen, daß sich vierzig Jahre nach seinem Tode politische Banditen in den Geldern seiner Friedensstiftung die blutigen Tatzen waschen würden, ohne daß ganz Europa dazwischen fährt! Von irreführenden Papieren getäuscht, hatte sich das Nobelpreiskomitee dazu verleiten lassen, den Friedenspreis für Ossietzky nach Berlin zu überweisen. Es wollte dem Kranken die Mittel an die Hand geben, deren er bedarf, um wieder zu gesunden.

Nunmehr steht fest, daß Ossietzky noch immer in den Klauen der Gestapo schmachtet und von dem Geld, mit dem ihn eine der höchsten europäischen Friedensinstanzen ehrte, nichts gesehen hat. Das Nobelpreiskomitee ist von deutschen Behörden mit Wissen und Willen der höchsten amtlichen Stellen Deutschlands um das Geld betrogen worden. Ein Vorkämpfer der Idee, die selbst ein Hitler öffentlich nicht genug preisen kann, wird von den braunen Sadisten im KZ zuschanden gemartert, erfährt eine der höchsten Ehrungen der Welt, wird von seinen Peinigern mit kriminellen Mitteln um seinen Preis gebracht, wird weiter gepeinigt, weil er Menschheitsideale nicht verraten will — und der ihm zustehende Nobelpreis verschwindet in der Kasse einer Geheimen Staatspolizei, deren Leiter sich von der deutschen Presse als Retter der europäischen Kultur feiern lassen! Man muß sich dieses irrsinnige Bild vor Augen führen, um zu erkennen, in welchen Sumpf moralischer Verlumpung Europas geraten ist.

Antifaschistische Blätter haben diese Schändung der Nobelstiftung mit Gangsterstücken verglichen. Aber der Vergleich hinkt, denn Gangster lassen das Opfer wenigstens frei, wenn der Preis gezahlt wurde. Schon aus Geschäftsklugheit zeigen Gangster immerhin mehr Sinn für Treue und Glauben, als eine hochwohllöbliche Staatspolizei.

Deutschland wird mit Methoden regiert, die jedes Vergleiches spotten. Seine Herren geben Unterschriften, um zu erpressen, schließen Verträge, um sie zu brechen, sobald der Bruch einträglicher erscheint, arbeiten mit den Mitteln der Urkundenfälschung und erlisten das Eigentum ihrer Opfer, um sie dafür zu beschimpfen und einen Gesinnungsverrat zu erpressen. Seht her: der von euch Preisgekrönte verkaufte euer Ideal, sowie sein Geld auf dem Spiele stand. So sehen eure Helden aus! — denn dieses System kann aufrechte Gesinnung nicht vertragen.

Göringa Gestapo ist angefragt worden, wo die für Ossietzky bestimmten Gelder geblieben sind. Warum antwortet sie nicht? Weil sie sonst den Raub und die Schändung Alfred Nobels zugestehen müßte. Und so kann die Welt eines Tages erfahren, daß Ossietzky nicht mehr lebt, daß er gemordet wurde, weil ihm die höchste europäische Ehre widerfuhr, daß er für Europa sterben mußte, wiewohl er zu retten gewesen wäre, daß er gemordet wurde, weil die Verantwortlichen der Kulturstaaten nicht den Mut aufbrachten, einem militarisierten Raubsystem seine finstere Schande ins Gesicht zu schleudern und die Freilassung eines Friedenskämpfers zu fordern.

Krupp und Göbbels

In den »Vertraulichen Mitteilungen des Reichsverbandes der Deutschen Zeitschriftenverleger zur Unterrichtung für Schriftleiter und Schriftwalter« Nr. 4 ist die folgende streng vertrauliche Anweisung des Göbbels an die deutsche Presse enthalten:

»Die Jahres- und Geschäftsberichte größerer Unternehmungen, wie z. B. Krupp (!!) usw., sind bei ihrer pressemäßigen Auswertung mit Zurückhaltung zu verwenden. Z. B. sind Angaben von Zahlen über Vorräte und Lager, Bezug und Verbrauch von Rohstoffen und Halbstoffen, Kapazitäten, Kapazitätsreserven und Beschäftigungszahlen zu unterlassen.«

In Nr. 193 des »Neuen Vorwärts« ist eine eingehende Untersuchung der Verhältnisse bei Krupp veröffentlicht worden. Der Umfang der Kruppschen Rüstungsproduktion wie die Höhe des Reingewinnes der Firma — rund eine halbe Milliarde Mark — ist genau errechnet worden, trotz aller Verschleierungsbemühungen der Firma.

Die Anweisung des Göbbels ist die Folge dieser Veröffentlichung, die in Deutschland ziemlich bekannt geworden ist. Aber was hilft dem Göbbels alle »strenge Vertraulichkeit«? Wir erfahrens ja doch!

Ein diplomatischer Konflikt

Die Rasenbank am Elterngrab

Vor einer Woche hat es einen schweren diplomatischen Konflikt zwischen Oesterreich und dem Dritten Reich gegeben. Das offizielle deutsche Nachrichtenbüro sprach von »frecher Herausforderung«, die gleichgeschaltete Presse tobte wie am Vorabend eines Krieges. Streitgegenstand war die »Pietät« an Hitlers Elterngrab. Es liegt in Leonding in Oesterreich. Die nationalsozialistische Propaganda benutzte es als Anhaltspunkt für nationalsozialistische Demonstrationen. Nationalsozialisten aus Deutschland und vor allem aus Oesterreich besuchen es, markieren dort Pietät und Trauer — Trauer um längst verstorbene Leute, die diesen Besuchern völlig gleichgültig sind — und lachen sich dabei ins Fäustchen über das Schnippchen, das sie damit den österreichischen Behörden und dem Verbot der nationalsozialistischen Partei in Oesterreich schlagen.

Wenn die österreichischen Behörden dagegen einschreiten, antwortet die deutsche Propaganda darauf mit jener Mischung aus widerlich verlogenem Druck auf die Tränendrüsen und offenkundigem Zynismus, der ihr eigen ist. Sie beweist die »Pietät« vor Hitlers Elterngrab, indem sie das Grab dieser harmlosen alten Leute zum Gegenstand verlogener politischer Spektakelstücke macht. Aus diesem Spektakelstück hat die deutsche Politik sorgfältig einen politischen Konflikt herausdestilliert, weil man einen solchen Konflikt immer gebrauchen kann für den Fall, daß Oesterreich nicht nach Hitlers Pfeife tanzen will.

Gegen Ende des vergangenen Jahres hat ein pensionierter österreichischer Beamter, ein Nazi, aus solch augenzwinkernder »Pietät« einen Kranz an diesem Grabe niedergelegt. Er war natürlich voller Trauer darüber, daß die alten Leute früher einmal verstorben sind, noch mehr aber voll Furcht um seine Pension. Deshalb beging er eine pietätvolle Fälschung, er setzte nicht seinen Namen auf die Kranzschleife, sondern den seiner Wohngemeinde. Der Mann wurde bestraft, mit Geldstrafe und Pensionsentziehung. Das war am 1. November 1936. Das Dritte Reich benutzte diesen Bagatellfall zu einer Einmischung in die österreichische Rechtsprechung. Es erfolgten deshalb mehrere diplomatische Schritte des deutschen Botschafters in Wien, sowie eine persönliche Rücksprache des Reichsaußenministers mit dem österreichischen Staatssekretär des Aeußern — also eine große Aktion. Am 22. März 1937 entschloß sich die österreichische Regierung, die Strafe aufzuheben. Das war nun aber wieder nicht nach dem Wunsche der deutschen Propaganda, die diesen Fall aufs Eis legen wollte. Sie beschloß, die Kapitulation der österreichischen Regierung zu übersehen und schrie aus Leibeskräften los über die »freche Herausforderung«, über die »Verletzung der Gesinnung des Führers«. Es fehlte nur noch die Versicherung, daß diese Beleidigung seiner Majestät nur mit Blut abgewaschen werden könne. Göbbels erging sich in seiner Pressesymphonie in Variationen über den Reißer:

Der schönste Platz, den ich auf Erden hab',
das ist die Rasenbank am Elterngrab.

Da kam die österreichische Regierung mit den Tatsachen hervor, man verspürte mitten im schönsten braunen Geschrei plötzlich eine abbremsende Hand, die Sache wurde schnell begraben und für erledigt erklärt.

Es bleiben indessen einige bemerkenswerte Tatbestände übrig:

1. Es ist ein unbestreitbarer Eingriff in österreichische Souveränitätsrechte erfolgt, eine offenkundige Einmischung in die österreichische Rechtsprechung. Die deutsche Regierung hat die Aufhebung eines Urteils aus politischen Gründen verlangt, die Forderung ist durch provokatorisches Pressegeheul unterstützt worden.

2. Die österreichische Regierung hat in der Sache kapituliert.

3. Die Richtung um Göbbels — und um wen noch? — hat diese Sache benutzt, um Hitler gegen Oesterreich vorwärts zu treiben. Sie bekräftigt damit umlaufende Gerüchte, daß diese Richtung um jeden Preis einen Ueberfall auf Oesterreich wolle.

4. Es ist bezeichnend für die persönliche Verfassung der deutschen Führung, wenn ein psychologisch so gerissener Mensch wie Göbbels damit rechnet, daß er mit einer so widerlich verlogenen, so unsagbar läppischen Geschichte vom Niveau der Rasenbank am Elterngrab seinen Zweck bei der Führung erreichen könne.

Die Lüge der Nichtintervention

Die englische und die französische Regierung haben eine Entscheidung getroffen, die von weittragender Bedeutung sein kann. Franco hat über die Stadt Bilbao die Blockade verhängt. Die englische wie die französische Regierung haben daraufhin erklärt, daß sie ihre Handelsschiffe, soweit sie Lebensmittel und nicht Kriegsmaterial transportieren, auf hoher See selbst mit Gewalt schützen würden, daß sie aber ihre Handelsschiffahrt warnen, sich in die Dreimeilenzone zu begeben.

Es ist im Augenblick, in dem wir schreiben, nicht klar, ob die Francoblockade vor Bilbao effektiv ist. Entgegen den Mitteilungen der englischen und französischen Marinebehörden erklärt die spanische Botschaft in London, daß kein Rebellenschiff näher als elf Meilen an die Küste herangekommen sei, daß keine Rebellenschiffe in der Dreimeilenzone erschienen seien, daß die Sicherheit der spanischen und nichtspanischen Schiffe in den Territorialgewässern von Bilbao durch die Kriegsschiffe der Regierung und die Küstenbatterien gewährleistet sei. Hier liegt ein vollendeter Widerspruch vor.

Wie dem aber auch sei: die Entscheidung der englischen und der französischen Regierung schließt eine überaus wichtige politische Entscheidung in sich, nämlich die tatsächliche Anerkennung Francos als kriegführende Macht. Wie beide Regierungen diese Tatsache mit den Grundgedanken vereinbaren wollen, auf die sie angeblich ihre Politik der Nichtintervention aufgebaut haben, ist gänzlich unerfindlich. Es ist schließlich auch gleichgültig; denn die Politik der Nichtintervention ist eine einzige große politische Lüge.

Die englische Arbeiterpartei hat — in Uebereinstimmung mit den letzten Beschlüssen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale — im Unterhaus eine Debatte über die Entscheidung der Regierung verlangt und ein Mißtrauensantrag angekündigt. Es ist überaus bezeichnend, daß diese schmähliche Entscheidung der englischen Regierung, die die letzten Rechtsbegriffe in der spanischen Sache in Fetzen reißt, mit dem Namen Sir Samuel Hoares verknüpft ist, desselben Mannes, der einst Mussolini gegen den Völkerbund begünstigen wollte.

Die deutsche Regierung nimmt nach wie vor höchst aktiv an der »Nichtintervention« teil. Während sie heuchlerische Vorschriften über die Handelsschiffahrt erläßt, transportieren ihre Kriegsschiffe Kriegsmaterial, kämpfen ihre Flieger und Tankmannschaften an den Fronten, leisten ihre Schiffe den Rebellen Späherdienste. Und jetzt, wo vor Bilbao eine kritische Situation entsteht, schickt sie eilends einen Kreuzer nach Bilbao. Die Francoschiffe erhalten damit zum mindestens einen Später mehr.

Ein neuer Justizmord

Der deutsche Rundfunk hat mitgeteilt, daß der »staatenlose Jude Helmuth Hirsch«, 21 Jahre alt, aus Prag kommend in Deutschland verhaftet worden, und alsbald nach seiner Verhaftung zum Tode verurteilt worden sei — wegen Hochverrats in Verbindung mit Sprengstoffverbrechen.

Helmuth Hirsch ist der Sohn einer in Prag lebenden Familie, die aus Amerika stammt. Diese Familie ist deutsch-nationaler Einstellung, sie hat früher in Stuttgart gelebt. Der Sohn verließ sie am 20. Dezember, um eine Ski-Tour anzutreten. Am 20. März erfuhren die Eltern durch Rundfunk, daß ihr Sohn in Stuttgart verhaftet und zum Tode verurteilt worden sei.

Die deutschen Behörden behaupten, in seinem Koffer sei »belastendes Material« gefunden worden. Zwei andere Jugendliche seien mit ihm verhaftet worden, einer verurteilt, einer freigesprochen worden. Diese ganze Affäre, bei der alles außer den dürftigen Angaben deutscher Behörden im Dunkeln liegt, erweckt den Verdacht, daß hier ein angebliches Verbrechen konstruiert wird, das in den inneren Kämpfen des Systems benutzt werden soll, und daß ein abscheulicher Justizmord vorbereitet wird.

Gerechtigkeit?

Die Politik der sogenannten Nichtintervention in Spanien zeitigt immer tollere Blüten. Während Mussolini weiter Truppen nach Spanien schickt, werden in demokratischen Ländern Strafprozesse geführt gegen wirkliche Freiwillige, die sich nach Spanien begeben wollten.

In Frankreich wie in der Schweiz sind in der letzten Zeit solche Urteile erfolgt. In Frankreich hat es ein paar Tage Strafe gegeben, in der Schweiz aber Gefängnisstrafen bis zu 1¼ Jahr und dazu noch schwere, langjährige Ehrenrechtsverluste. Das letztere besonders ist charakteristisch für die Einstellung gewisser sogenannter demokratischer Länder zu den spanischen Dingen.

Kann es in Europa eine größere Verwirrung der Rechtsbegriffe geben, als sie aus den Urteilen hier, aus der zwangsweisen Entsendung von Truppen nach Spanien dort, hervorleuchtet?

Lansbury zu Hitler

Aber ohne »Daily Herald«

Der frühere Vorsitzende der Labour-Party, Lansbury, will seinen närrischen Einfall, zu Hitler zu fahren, um ihn zum Frieden zu bekehren, in der nächsten Woche ausführen. Der »Daily Herald« gibt eine Aeußerung von ihm wieder, daß er — und ist ganz selbstverständlich — seine Reise auf eigene Faust und als Privatmann unternehme. In derselben Ausgabe teilt er mit, daß ein deutscher Steward, der aus England eine Nummer des »Daily Herald« mitgebracht hatte, in Hamburg vom Schiff geholt, von der Gestapo halbtot geschlagen und ins Konzentrationslager gebracht worden sei. Hoffentlich wird sich Lansbury den Fall zur Warnung dienen lassen und sich hüten, ein Exemplar des Zentralorgans seiner Partei auf die Reise mitzunehmen. Um den herzensguten alten Mann wäre es schade!

Glück im Winkel

23 Angehörige der Familie Broede in Gollau feierten Familientag. Wir greifen dieses Ereignis als Musterbeispiel aus vielen anderen heraus, zumal es die breite Oeffentlichkeit interessieren dürfte, wie eine kinderreiche Familie — Mutter Broede hat 16 Kindern das Leben geschenkt, von denen 15 frisch und gesund sind, während eins im frühen Kindesalter starb — das Osterfest auf dem Lande verlebte...

Raum ist in der kleinsten Hütte! Dieses Wort bewahrheitete sich hier wie wohl kaum sonst irgendwo, waren doch die 23 Menschen während der Feiertage auf einen einzigen Raum angewiesen, der den Eltern Broede und ihren 10 noch im Elternhaus verbliebenen Kindern gleichzeitig als Wohnzimmer, Schlafzimmer und Küche dienen muß! Unwillkürlich kam uns das Dichterwort in den Sinn: »Urahne, Großmutter, Mutter und Kind, in dumpfer Stube beisammen sind«, als noch der im gleichen Haus wohnende immer noch recht rüstige Urgroßvater zu einem kurzen Besuch herüber kam. Gewiß, Schmalhans ist hier Küchenmeister und Frau Sorge lugt ständig durch das niedrige Fenster des alten strohgedeckten niedrigen Häuschens, in dem die kinderreiche Familie Broede lebt. Trotzdem herrscht hier Zufriedenheit und Eintracht.

(»Preußische Zeitung« Nr. 88.)

Kriegsmusterung der Kraftfahrzeuge

»Der Polizeipräsident teilt mit, daß erneut eine Untersuchung der Kraftfahrzeuge auf ihre Betriebs- und Verkehrssicherheit hin ab 20. April stattfindet.

Diese Besichtigung der Fahrzeuge ist mit einer Musterung hinsichtlich ihrer Geeignetheit für Heereszwecke verbunden. Bei den Nachprüfungen ist ein Kraftfahrzeug-Vormusterungsoffizier der Wehrersatzinspektion Berlin zugegen, der die erforderlichen Feststellungen vornimmt. Die für die Vorführung angesetzten Termine müssen unbedingt eingehalten werden, damit eine ordnungsmäßige und reibungslose Abfertigung gewährleistet und unnötiges Warten vermieden wird. Ein Nichtvorstellen der Fahrzeuge zieht unnachsichtliche Bestrafung nach sich.«

(Berliner Zeitungsmeldung.)

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Der Krebsschaden der deutschen Wirtschaft

Die Mitteilungen der Vierteljahrshefte des deutschen Konjunkturinstituts werden immer magerer. Die letzte Veröffentlichung enthält fünf knappe Seiten über die deutsche Wirtschaftslage. Sonst bemüht sich noch Herr Wagemann um eine theoretische — man verzeihe das harte Wort — Rechtfertigung der deutschen inflationistischen Finanzierung auf 7½ Seiten, und der übrige Inhalt ist hauptsächlich den Ottawa-Verträgen, einer Apologie der Wirtschaftspolitik der portugiesischen Diktatur und ähnlichen Themen gewidmet, die unverfänglicher sind als noch so vorsichtige Betrachtungen über den Zustand, in den die Hitler, Göring und Schacht die deutsche Wirtschaft gebracht haben.

Die fünf Seiten enthalten ein paar bekannte, also nicht wegzuleugnende Feststellungen und ein paar ganze oder halbe Lügen. »Die allgemeine Aufwärtsentwicklung der deutschen Volkswirtschaft hält weiter an«. Richtig müßte der Satz lauten: Die spezielle Aufwärtsentwicklung der deutschen Kriegswirtschaft geht in immer noch beschleunigtem Tempo voran. Halb wird das auch zugegeben. »Im Mittelpunkt dieser allgemeinen Aufwärtsentwicklung stehen nach wie vor die unmittelbaren staatlichen Investitionen (Wehraufträge, Autobahnen, öffentliche Bauten und dergleichen). Mehr und mehr aber treten hierzu seit einiger Zeit die Investitionsausgaben im Rahmen des Vierjahresplans: Aufbau der heimischen Rohstoffwirtschaft und landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht. Dann aber beginnt die Entfernung von der Wahrheit: »So ist auch die Konsumgütererzeugung dem hohen Stande, den sie im Aufschwung der Jahre 1927 bis 1929 (also im verruchten System!) erreicht hatte, wieder nähergekommen. Wenn auch die Konsumgüterindustrien damit noch nicht die Grenze ihrer technischen Leistungsfähigkeit erreicht haben, so beginnen sie doch allmählich zusätzliche Nachfrage nach Investitionsgütern zu entfalten. Andererseits sind die Produktionsgüterindustrien nicht mehr in der Lage, diesen Bedarf zu decken, wie überhöhte Auftragsbestände und stark verlängerte Lieferfristen zeigen. So steht die Investitionspolitik im Mittelpunkt der Probleme.« Halten wir also zunächst fest, daß die Konsumindustrien noch produzieren müßten, um auch nur den Stand der Vorkrisenzeit zu erreichen. Aber das wird ihnen unmöglich gemacht, denn die Investitionsgüterindustrien können den Bedarf für die nötigen Ersatzanschaffungen und Erweiterungen nicht liefern, aus dem einfachen Grunde, weil sie schon den Aufträgen für den Rüstungsbedarf nicht nachkommen können und deshalb der Zivilbedarf nicht befriedigt werden kann. Aber selbst das ist nicht wahr. Würden sich die wirklichen Konsumindustrien — und nicht nur der willkürliche Komplex, der in der Wagemannstatistik enthalten ist — dem Vorkrisenstand nähern, wie erklärt sich dann der große Umfang der Kurzarbeit in der Textil- und Schuhindustrie — eine Kurzarbeit, die so arg ist, daß den Arbeitern noch Zusatzunterstützung aus öffentlichen Mitteln gewährt werden muß? Zitieren wir den »Economist«:

»Der Verbrauch aller Textilien, sowohl des natürlichen als des synthetischen Rohmaterials betrug im letzten Jahre 596.400 Tonnen, von denen 187.350 Tonnen im Inland erzeugt wurden; 1932 (also auf dem Tiefpunkt und durchaus nicht auf dem Höhepunkt von 1928/1929) betrug der Verbrauch 535.390 Tonnen, von denen nur 90.020 Tonnen im Inland erzeugt waren. Die scharfe Rationierung des Rohmaterials für die Erzeuger hat zu einer vermehrten Verwendung von Lumpen und Abfall geführt. Die inländische Erzeugung von Leinengarn hat sich seit der Depression verdoppelt, aber bleibt noch um über die Hälfte hinter der Vorkriegszeit zurück. Da die Einfuhr zurückgegangen ist, bleibt der allgemeine Verbrauch niedrig.«

Dazu ist noch hinzuzufügen, daß die Preise außerordentlich gestiegen, die billigeren Waren zum großen Teil vom Markt verschwunden und die Qualität infolge der Verwendung von Ersatz und Abfall bedeutend verschlechtert ist. Aehnliches gilt für die Schuhindustrie, und letztlich ist auch die immer häufigere Schließung der Lebensmittelgeschäfte, der Fleischer- und Bäckerläden, der Kleinhandelsgeschäfte überhaupt nicht nur auf die vom Regime erzwungene Herabdrückung der Handelsspanne, sondern auch auf den abnehmenden Absatz zurückzuführen. Von alledem enthält der Konjunkturbericht kein Wort. Denn das Zurückbleiben der Konsumindustrien, die für Deutschland so charakteristische Diskrepanz zwischen der blühenden Rüstungsindustrie und der fast auf tiefstem Krisenstand verharrenden Verbrauchsgüterindustrien darf von Wagemann nicht zugestanden werden.

Dagegen darf er die unzulängliche Rohstoffversorgung behandeln, schon weil damit zugleich der deutschen Kolonialforderung gedient wird. »Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren bleibt nach wie vor hinter dem Wachstum der Industrieproduktion zurück.« Setzt man Industrieproduktion und Rohstoffeinfuhr 1928 gleich 100, so beträgt 1929 die Industrieproduktion 101, während der Einfuhrüberschuß an Roh- und Halbstoffen auf 87 zurückging. 1932 betrug der Index der Industrieproduktion 54; er stieg auf 108 im Jahre 1936; der Einfuhrüberschuß an Rohstoffen zeigt aber folgendes Bild: 1932: 68, 1934: 96, 1935: 89, 1936: 77. Er ist also auch in den letzten Jahren im Gegensatz zur Produktionsentwicklung ständig gefallen. In neuester Zeit ist das sicher auch eine Folge der Preisentwicklung. Diese hat an den internationalen Rohstoffmärkten seit dem zweiten Halbjahr 1936 den Charakter einer ausgesprochenen Hausse angenommen. Von 1932 bis 1935 erhöhten sich die Preise der auslandsbestimmten Rohstoffe um 11.3 Prozent, von 1935 bis Anfang 1937 um weitere 16.1 Prozent. Nimmt man den Rohstoffanteil am Umsatzwert der Industrieproduktion mit etwa 20 Prozent — im Jahre 1935 betrug der Wert der industriefremden Rohstoffe schätzungsweise 10.9 Milliarden RM bei einem Umsatzwert von 59 Milliarden RM, den der ausländischen Rohstoffe mit rund 10 Prozent an, so können so beträchtliche Preissteigerungen wie die jüngste nicht ohne Wirkung auf die Gesamtkosten bleiben. Die Frage der Kostenkompensation gewinnt dadurch erhöht Bedeutung.« Die Rohstoffteuerung hat also doppelte Bedeutung: einmal verringert sie bei gleichbleibendem Devisenaufwand die Menge der einzuführenden Rohstoffe, andererseits erschwert sie trotz der Preisstopverordnung das Festhalten des inländischen Preisniveaus immer mehr. So wachsen sowohl die von außen herrührenden als auch die inneren Spannungen im deutschen Wirtschaftsgefüge. Tröstend bemerkt das Konjunkturinstitut, daß auf dem Weltmarkt jetzt auch eine Steigerung der Fertigwarenpreise einsetzt, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhr günstig beeinflußt. Das ist zum Teil richtig. Aber wie in der Krise der Sturz der Rohstoffpreise unvergleichlich größer war als der der Fertigwarenpreise, so ist auch in der Prosperität der Preisanstieg der Rohstoffe ungleich stärker als der der Fertigwaren. Die für Deutschland ungünstige Diskrepanz mag sich etwas abschwächen, bleibt aber im wesentlichen bestehen.

Am auffälligsten ist, was das Konjunkturinstitut ganz verschweigt. In der letzten Zeit ist nämlich zur Knappheit an den ausländischen Rohstoffen die Schwierigkeit der Versorgung mit inländischen Rohstoffen hinzugekommen, und noch dazu mit den wichtigsten: mit Eisen und in etwas geringerem, aber sehr fühlbarem Maße mit Kohle. Die Eisenknappheit, die durch die zunehmende Schwierigkeit der Erz- und Schrottversorgung rasch gesteigert wird, hat bereits dazu geführt, daß eine Rangordnung in der Eisenbelieferung festgesetzt und eine Verteilung nach Kontingenten vorgenommen wird. In erster Linie werden die Eisen- und Stahllieferungen für die Rüstungsindustrie und für die Ansprüche des Vierteljahrsplanes reserviert. Dann kommen die übrigen Investitionsindustrien. Gedrosselt sollen vor allem die Bauvorhaben werden, die Eisenkonstruktion dabei nach Möglichkeit eingeschränkt und auf ältere (!) Bauweisen, auch wenn sie zum Teil teuerer sind, zurückgegriffen werden. Die Neubauten für die Wehrmacht und für die Fabriken des Vierjahresplanes werden davon nicht betroffen, wohl aber die Wohnungsbauten, obwohl selbst das Konjunkturinstitut die »anhaltende, teilweise sogar verschärfte Wohnungsknappheit« zugeben muß. Dafür ist ausdrücklich ein ausreichendes Eisenkontingent für die Parteibauten bereitgestellt, über das der Reichsschatzminister verfügt.

So hat die Aufrüstungswirtschaft nicht allein die Knappheit an ausländischen Rohstoffen geschaffen, sondern ihre Uebersteigerung über die in Deutschland nun einmal vorhandene Wirtschaftskraft, so riesig diese ist, hat jetzt sogar die Grenzen der einheimischen Rohstofferzeugungsmöglichkeiten erreicht. Aber davon darf Herr Wagemann nichts vermelden.

Dr. Richard Kern.

Warum Eisenmangel?

Die Vorräte der deutschen Kriegswirtschaft

Nirgendwo sonst war in der Zeit der Weltkrise das Mißverhältnis zwischen der möglichen und der wirklichen Produktion von Eisen, der Erzeugungsfähigkeit der Eisenwerke und der Absatzfähigkeit ihrer Produkte so kraß wie in Deutschland. In dieser Zeit waren die Betriebe der Schwerindustrie zu 50, höchstens 60 Prozent ihrer Kapazität ausgenutzt. Ein Drittel, wenn nicht gar die Hälfte ihrer Werke war nicht mehr wert als altes Eisen. Da verschaffte der Führer seinen Verehrern Thyssen und Kirdorf, was sie verlangten. Er bewerkstelligte die deutsche Wehrfreiheit und damit die Vollbeschäftigung der schwerindustriellen Werke und ihre Befreiung von bankrottartiger Ueberschuldung.

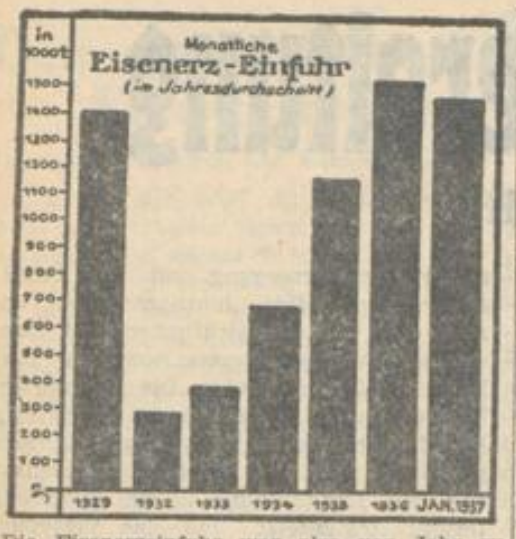
Im fünften Jahre des Dritten Reiches ist die Krisensituation der Eisen- und Stahlindustrie ins Gegenteil umgeschlagen. Die Unterbeschäftigung der Eisenwerke ist überwunden. Statt der Ueberfülle von Eisenwerken gibt es nun einen katastrophalen Mangel an Eisen. Die Eisenerzeuger sind »mit Aufträgen überflutet«, die Folge ist die »Verzögerung der Lieferzeiten ins Unübersehbare, die eine ordentliche Abwicklung der Eisenversorgung gefährdet«. (»Deutscher Volkswirt«, 25./3. 1937). Es wird jetzt nicht nur Fett und Mehl, sondern auch Eisen gehamstert. Bereits gegen Ende des vorigen Jahres hat die Reichsregierung das Hamstern von Eisen durch eine Verordnung zu verhindern versucht, die die Lagerhaltung des Eisenhandels begrenzt. Da aber das Eisenhamstern Folge, nicht Ursache des Eisenmangels ist, mußte man sich zu schärferen Eingriffen entschließen. Im Februar wurde die Ungültigkeit aller Eisen- und Stahlaufträge angeordnet, die nicht bis zum 30. April ausführbar sind. Damit ist Raum für die amtliche Rationierung der Eisenversorgung, für die Drosselung des Eisenverbrauchs geschaffen. Es ist eine Rangordnung der Eisenverbraucher festgesetzt, die ihren Anspruch auf Eisen regelt. An erster Stelle steht der Export der Eisenerzeugung und der eisenverarbeitenden Industrie. Ihre Kontingente sind so hoch bemessen, daß keine Hemmung des Exports stattfinden kann. An zweiter Stelle der Rangliste steht »die Befriedigung des für die staatspolitisch vordringlichen Aufgaben notwendigen Bedarfs sowie der für diese Zwecke arbeitenden oder als Schlüsselindustrien anzusehenden Wirtschaftszweige«, mit anderen Worten die Aufrüstung. Der Rest ist für den Rest, den zivilen Bedarf. Staatssekretär Köhler hat bereits verkündet, daß er sich nach der Decke zu strecken habe. Besonders katastrophal ist die Wirkung dieser Regelung auf die Bauwirtschaft, auf die bisher ein Drittel des Eisenverbrauchs entfallen war. Die Verwendung von Eisenbeton ist schon jetzt stark eingeschränkt. Eisenträger fehlen in solchem Maße, daß man in Berlin bereits den Versuch machte, die Bauten nach der Art der Vorväter mit Steinwölbungen zu stützen, aber es fehlen die Arbeiter, die alt genug sind, diese Methode des Bauens gelernt zu haben. Die »Deutsche Volkswirtschaft«, 1. April-Heft 1937, schreibt:

> »Besonders fühlbar wird die Senkung des Eisenverbrauches in der Bauwirtschaft werden, die normaler Weise ein Drittel der Eisenproduktion aufnimmt. Außer der Einschränkung des privaten Wohnungsbaues wird die Entwicklung dahin gehen müssen, mit möglichst wenig Eisen zu bauen, also dort, »wo es technisch möglich ist, auf den Stahlskelettbau zu verzichten«.

Die Ausführung von Bauten im allgemeinen ist nunmehr von der Bewilligung durch die Arbeitsämter, die Inangriffnahme großer öffentlicher Bauten von der Genehmigung des Staatssekretärs Köhler abhängig. Während Dr. Nonnenbruch im »Völkischen Beobachter« sich müht, den Arbeitern klar zu machen, daß sie mit dem ihnen aufgezwungenen Lohnverzicht den Preis für eine künftige Verbesserung ihres Lebensstandards bezahlen, wird tatsächlich wieder einmal der zivile Verbrauch zugunsten des militärischen gedrosselt, die Bewaffnung auf Kosten der Lebenshaltung gefördert.

Der Eisenmangel ist allerdings nicht auf das Dritte Reich beschränkt, er ist eine Welterscheinung. Bereits im Vorstadium des künftigen Krieges fehlt der wichtige Kriegsrohstoff. Die Erzförderung kann mit dem sprunghaft steigenden Bedarf von Eisen für den Konjunkturaufstieg im allgemeinen und die Rüstungskonjunktur im besonderen nicht Schritt halten, zumal das spanische Erz auf dem Weltmarkt fehlt. Das Bedürfnis, nach Ersatz des fehlenden Erzes durch den anderen Rohstoff der Eisenerzeugung, das Schrott, hat zu einem empfindlichen Schrottmangel geführt, der sich zu einem Hemmnis der Weltproduktion auswächst. Eine ganze Reihe von Ländern hat die Ausfuhr von Schrott verboten oder stark eingeschränkt. Norwegen hat die Ausfuhr von Schrott, Stahl und Roheisen verboten. England hat den Roheisenzoll aufgehoben und den Zoll für Stahl auf die Hälfte herabgesetzt, um den Anreiz zur Einfuhr von Eisen zu erhöhen. Zwischen den europäischen Eisenländern sind Verhandlungen zur Bildung eines Schrottkartells im Gange, das aber nicht den Verkauf, sondern den Einkauf von Schrott regulieren soll. Man will verhindern, daß sich die Länder gegenseitig den Schrott abjagen. Eisen ist ein begehrteres Gut geworden als Gold, es findet ein Wettlauf um das Eisen statt, und jedes Land möchte möglichst viel von dem schwindenden Eisenvorrat an sich bringen, um die Deckung des zur Zeit dringendsten Bedarfs, des Rüstungsbedarfs zu sichern.

Man wäre also geneigt, den Eisenmangel in Deutschland nur als Folge des Welteisenmangels anzusehen, nur verschärft durch die deutsche Devisennot, auf die gleichen Ursachen zurückführbar. Aber der deutsche Eisenmangel hat seine besonderen Geheimnisse und dementsprechend auch seine besondere Art der behördlichen Begulierung, die in keinem anderen Lande so einschneidend ist wie hier. In der Welt außerhalb Deutschlands ist die Erzversorgung hinter der Stahlerzeugung zurückgeblieben. Die Welterzeugung von Rohstahl hatte bereits 1936 die Ziffer des bisherigen Rekordjahres 1929 überschritten, die Welterzförderung hatte sie aber noch nicht erreicht. In Deutschland ist das Verhältnis genau umgekehrt. In den ersten neun Monaten des vorigen Jahres z. B. war die Erzeinfuhr um 37 Prozent, die Rohstahlerzeugung »nur« um 25 Prozent gestiegen, »so daß also im laufenden Jahre die Rohstoffversorgung von der Erzseite her eine Tendenz zu relativer Besserung aufwies« (»Die Wirtschaftskurve«, Heft IV 1936). Die englische Stahlproduktion mußte im Januar wegen Rohstoffmangel auf eine Million Tonnen eingeschränkt werden. Sowohl Deutschlands Erzeinfuhr wie seine Eisen- und Stahlerzeugung dagegen sind bis in die letzte Zeit ununterbrochen gestiegen. Die Versorgung mit ausländischem Erz wird durch das folgende, dem Wirtschaftsbericht der Commerz- und und Privat-Bank vom 31. März 1937 entnommene Schaubild illustriert:



Die Eisenerzeinfuhr war also von Jahr zu Jahr sprunghaft gestiegen. Sie betrug im Januar dieses Jahres das Doppelte von 1934 und das Fünffache von 1932 und überstieg noch die Erzeinfuhr des Rekordjahres 1929. Aus den Ziffern der Erzeinfuhrstatistik ist die Ursache des Eisenmangels ebensowenig zu entnehmen wie aus den Zahlen der Stahl- und Eisenproduktion. Es betrug die arbeitstägliche Produktion in tausend Tonnen:

	Durchschnitt 1936	Februar 1936	Februar 1936
Roheisen . .	41.8	40.4	42.5
Rohstahl . .	62.8	59.6	63.3
Walzwerkerzeugnisse	44.5	41.7	45.6

Ende 1934 waren 73 Hochöfen in Betrieb, Ende 1936 110, und Ende Februar 1937 115. Die Roheisen- und Rohstahlproduktion stand im Februar vorigen Jahres unter dem Jahresdurchschnitt 1936, im Februar dieses Jahres darüber. Die Walzwerkproduktion hatte im Februar den höchsten Stand seit der Krise erreicht und damit wohl die höchste Ziffer seit Kriegsende. Andere Länder haben mit der Regelung der Schrottversorgung erst in jüngster Zeit begonnen. Deutschland hat bereits seit langem die Schrottausfuhr fast vollständig aufgehoben. Die Schrottausfuhr konnte deshalb auf ein solches Minimum eingeschränkt werden, daß Deutschland fast völlig von der Schrottzufuhr unabhängig und daher von dem Weltschrottmangel fast unberührt ist. Der deutsche Eisenmangel kann also nicht auf eine mangelhafte Versorgung mit Eisen und Eisenrohstoffen zurückzuführen sein. Im Gegenteil: die Eisenversorgung war nie so ausreichend wie jetzt. Es herrscht also nicht eine unternormale Eisenversorgung, sondern ein gewaltig übernormaler Eisenverbrauch. Es muß also in Deutschland massenhaft Eisen, sei es zu Waffen verarbeitet oder in unverarbeiteter Gestalt, auf Lager gelegt werden, um künftigen Erzmangel vorzubeugen, der dadurch entstehen könnte, daß etwa Schweden sein Erz lieber dem heute mehr als je kaufbereiten guten Zahler England verkauft als dem devisenarmen Dritten Reich und daß die Spekulation auf die Aneignung des spanischen Erzes, wie es den Anschein hat, schief gehen könnte.

Nach dem Jahresbericht der Vereinigten Stahlwerke wird gemeldet: Auftragsbestand von bisher noch nicht erreichter Höhe, Bedarf an Eisen und Stahl auf einem Stande, der die 1927er Spitze noch wesentlich übertrifft, erheblich gesteigerte Ausfuhr unter Erreichung von zwei Dritteln der hohen Ziffern von 1929, Zuversicht auf Spielraum für eine weitere Exportbesserung durch verstärkte Nachfrage auf dem Weltmarkt, Hoffnung auf gesteigerten internationalen Preisauftrieb und dadurch zu erzielende Rentabilitätsbesserung. Diese Hoffnung hat sich inzwischen reichlich erfüllt. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft hat ihre Preise in den ersten drei Monaten dieses Jahres viermal heraufgesetzt. Ihr letzter Stabeisenpreis beträgt 6, 7.6 Goldpfund. Das ist eine Erhöhung auf das Doppelte des Preises vom Januar 1936 und auf das Dreifache des Preises vom Juli 1932. Der Export ist also rentabler als je. Eisen braucht nicht mehr zu Dumpingpreisen losgeschlagen zu werden, weil das Ausland und ganz besonders England, bereit ist, Preise zu zahlen, die sogar die Preise des Internationalen Eisenkartells überschreiten. Die Eisenversorgung der deutschen Wirtschaft wird also gedrosselt, nicht nur um der Kriegsvorbereitung im Lande selbst willen, sondern auch um der Schwerindustrie Gelegenheit zu geben, an den englischen Aufrüstungsgewinnen teilzunehmen, und Herrn Schacht mit englischem Gelde Devisen für die künftige Erzeinfuhr hereinzuschaffen. Der deutsche Eisenmangel zeigt, mit welcher Intensität das Dritte Reich den Krieg vorbereitet. Er zeigt aber auch erneut, daß das Hitlerregime keine Hemmnisse kennt, wenn es sich darum handelt, der Schwerindustrie Ueberprofite und die Kriegsvorbereitung durch Entbehrungen des Volkes zu sichern.

G. A. F.

Hitlers Rache am Vatikan

Die Systemrevanche für das Päpstliche Sendschreiben — Neuauflage der Devisen- und Kinderschänderprozesse

Aus einer Anweisung von Göbbels an die Zeitungen geht hervor, daß die Priesterprozesse in Deutschland jetzt wieder aufgenommen werden sollen und daß die gleichgeschalteten Redaktionen — nachdem früher wiederholt schwere Regiefehler in der Aufmachung dieser Schautribunale vorgekommen waren, die dann auch unabsichtlich sich in den Gerichtsberichten wiedergespiegelt hatten — künftig darüber nur noch die DNB-Berichte, diese freilich ohne Kürzung, zu übernehmen hätten. Die Tatsache der befohlenen »Wiederaufnahme« der Priesterprozesse allein ist ein moralisches Kapitel ohnegleichen in der deutschen Rechtsgeschichte! In der Sache verhält es sich damit so, daß seit August vorigen Jahres tatsächlich solche Prozesse, bei denen man drei Arten säuberlich unterschied: Devisen-, Sittlichkeits- und »Heimtücke«-Prozesse — gegen Geistliche katholischen Glaubens nicht mehr geführt worden sind. Warum? Man las in der hochoffiziellen Zeitschrift »Deutsche Justiz« vom 4. Januar d. damals einigermaßen überrascht die Feststellung des Ministerialrates Dr. Crohen vom Reichsjustizministerium, daß (wörtlich:) »auf Befehl des Führers aus politischen Gründen gegenwärtig die Hauptverhandlungen gegen Geistliche nicht mehr stattfinden dürften«... Also: der »Führer« kommandiert einfach, ob »gerichtet« werden soll oder nicht. Entweder sind die Geistlichen schuldig, wirklich gemeine Geldschieber und verdorbene Kinderschänder und dann müssen sie auch gegen alle »politischen Gründe« eben gerichtet werden. Oder aber — und das ist das wahrscheinlichere: die Prozesse sind an den Haaren herbeigezogen.

Es ist ganz klar, die neuen Prozesse sollen die unmittelbare Antwort der Hitlerei auf die Tatsache darstellen, daß das kürzlich auch in Deutschland verlesene päpstliche Sendschreiben — vier Jahre freilich zu spät — die Unversöhnlichkeit zwischen katholischem Denken und »nationalsozialistischem Gedankengut« feststellte. Diplomatisch hat man mit der Vorbereitung der offiziellen Kassierung des deutschen Gesandten am Vatikan, des Herrn von Berger, geantwortet, der doch sicherlich das ganze Verdienst daran mit trägt, daß die Kurie bisher noch immer diese von Herrn von Papen so warm empfohlenen neuen braunen Herren in Berlin als voll verhandlungsfähig nahm. »Geistig«, wenn der Ausdruck hier nicht deplaziert ist, reagierte man durch Wiedereinreihung des mehr als verschrobenen Walhall-Ludendorff in die braune Heldengalerie dicht neben den Hitlerjungen Quex. Brachial werden es jetzt zunächst die neuen Zuchthausurteile gegen katholische Devisenschieber und Sexualverbrecher sein..

Einstweilen ist die neue Reihe der Priesterschauprozesse durch das dieser Tage eröffnete Volksgerichtshofverfahren gegen die westdeutschen katholischen Jugendführer, an ihrer Spitze Generalsekretär Clemens und mehrere Kapläne, schon auf volle Touren gebracht. Der ersten Verhandlung vor einer Woche durften auch noch ausländische Pressevertreter beiwohnen; jetzt wird längst hinter verschlossenen Türen »verhandelt« So viel erfuhr man auf jeden Fall, daß, als einer der angeklagten Geistlichen — angeklagt wegen angeblicher Verschwörertätigkeit im Bunde mit kommunistischen »Illegalen« — darauf zu seiner Verteidigung hinwies, er habe doch noch vor anderthalb Jahren im Saargebiet bei einer Tagung der katholischen Jugend öffentlich für deren »nationalpolitische Einstellung« gewirkt, ihm sofort der Senatsvorsitzende dazwischen funkte: »Aber wenn Sie das nicht getan hätten, wären Sie ja auch schon damals als schöner Lump erkannt worden, gleich ob Priester oder nicht!« Eine treffliche Justiz, fürwahr! Sie geniert sich nicht im geringsten, den Angeklagten Gesinnungen (wohlgemerkt: Gesinnungen!) als Verbrechen »gegen den nationalsozialistischen Staat« zur Last zu legen, die sie politisch betätigten, als Hitler selbst noch ein evidenter Hochverräter gegen den damaligen Staat war. Gerechtigkeit???

Ist die Stimmung schlecht?

Mal alle weghören!

Das im Dritten Reich nie zuvor soviel geschimpft und geflucht wurde, daß der Nationalsozialismus noch nie so tief im Kurs stand wie eben jetzt, bleibt natürlich auch in den Führerkreisen nicht verborgen. Ja, es ist schon soweit gekommen, daß alles Sich-taub-Stellen keinen Sinn mehr hat, daß es fast ratsamer erscheint, den Stimmungsverfall zuzugeben und ihn — nach bewährter Methode — möglichst zu bagatellisieren. Folgendes nette »Geplauder« liest man in dem DAF-Blatt »Der Arbeitsmann«:

»Du sitzt mit einem alten Schulfreund von auswärts, den du viele Jahre nicht gesehen hast, zusammen im Gasthof. Ihr freut euch laut des unvermuteten Wiedertreffens, tauscht Erinnerungen an die Pennäler- und Lehrzeit aus, sprecht von Beruf und Familienglück, von diesem und jenem, bis plötzlich dein Gegenüber die Stimme dämpft, sich leicht vornüber beugt und dir hinter der vorgehaltenen Hand die Frage zuhaucht: »Sag' mal, ist hier die Stimmung auch so schlecht?«...

»Das Gemunkel von der schlechten Stimmung ist eine Tatsache, die nicht abzustreiten ist. Fragt sich bloß, ob sie auch wichtig genug ist, um ernstgenommen zu werden.«

Nein, sie darf natürlich nicht ernst genommen werden, aber so wichtig, daß man ihr ein paar kompakte Drohungen widmen kann, ist sie immerhin:

»Daß wir uns als Volk durchbeißen und gewisse Einschränkungen in Kauf nehmen müssen, das ist keine Neuigkeit und braucht nicht im Flüsterton besprochen zu werden. Wer aber behauptet, deshalb sei die Stimmung schlecht, der unterschätzt nicht nur den hundertmal bewiesenen Idealismus und Opferwillen seines eigenen Volkes, der macht sich nicht nur zum willigen Instrument der bolschewistischen Propaganda, sondern der beleidigt auch die Ehre der Nation.«

Und wer die Ehre der Nation beleidigt — na, ihr wißt schon! Es gibt zwar keine Richter mehr, aber noch Konzentrationslager in Deutschland. Und weil es Konzentrationslager gibt, die genügend Schrecken verbreiten, ist es

»ganz unerheblich, ob gewisse Zeitgenossen zuweilen ihrem Privatärger und ihrer schlechten Stimmung Luft machen. Wichtig ist allein, daß sie nicht über Gebühr beachtet werden.«

Ueber die »Gebühr« läßt sich zwar streiten — aber beachtet werden sie, die Millionen verbitterter Zeitgenossen in ganz Deutschland und über die Grenzen hinaus. Viel mehr beachtet, als die schönsten Führerreden. Davon beißt der Ley keinen Faden weg.

Leobschützer Bauern rebellieren!

Aus Oppeln wird uns geschrieben: Unter der Bauernschaft des Leobschützer Kreises herrscht Katastrophenstimmung, die besonders durch die schlechte Ernte des Vorjahres hervorgerufen worden ist. Die Bauern dieses Gebietes haben auf Hitler und den Reichsnährstand besondere Hoffnungen gesetzt und erleben eine Enttäuschung nach der anderen. Die Pachtsummen der Parzellen nach dem Grafen von Oppersdorf sollten herabgesetzt, die Preise bedeutend erhöht werden, kurz, ein kleines Hitlerparadies wurde in Aussicht gestellt. Landrat Büchs, ein strammer Zentrumsmann von früher, ist der eifrigste Naziapostel des Kreises geworden, und es versteht sich, daß Baron von Rothkirch Bauernführer wurde. Und nun kommen Maßnahmen auf Maßnahmen, die eine Enttäuschung nach der anderen bringen, es soll alles abgeliefert, Vieh darf nicht verkauft werden, es fehlt an Futtermitteln, so daß man zu Methoden der Kriegszeit zurückgreift. Es wird geschoben, und der Bauernführer Baron von Rothkirch soll Vorbild sein. Die Bauern aber kümmern sich den Teufel um die Wünsche des Reichsnährstandes, die Verordnungen werden sabotiert, und der Landrat bekommt von den vorgesetzten Behörden Krach. Es wird angeordnet, daß zur Versammlung des Bauernrates jeder zu erscheinen habe, aber selbst Nazifunktionäre kommen nicht, weil sie die Kritik der Bauern fürchten, die »es immer schon gesagt haben, daß auch Hitler nur ein großes Maul hat, bessern wird sich nichts«. Die erste Versammlung konnte aus Mangel an Teilnehmern nicht stattfinden. Für die nächste Versammlung wurde angedroht, daß die Bauern durch die SA abgeholt werden, wenn sie nicht pünktlich zur Stelle sind. Aber das half noch weniger. Schließlich mußten der Landrat und der Bauernführer sich bequemen, die Bauern einzeln aufzusuchen und sie zur Teilnahme zu bitten. Die dritte Versammlung kam zustande, aber die Bauern forderten freie Aussprache, bevor noch der Sprecher des Reichsnährstandes aus Breslau das Wort ergreifen konnte. Es folgten Pfuirufe während der Rede, es ging ziemlich hoch her, »weil man uns auf der ganzen Linie betrogen hat«. Schließlich mußte sich die Leitung der Versammlung damit einverstanden erklären, daß alte Kämpfer zum Führer fahren, um diese Zustände im Kreise Leobschütz zu beseitigen.

Alte erprobte SA-Kämpfer unter den Bauern kamen in Uniform nach Berlin und glaubten dort, auch meckern zu können, wie das auf der Versammlung der Fall war. Sie wurden verhaftet, kamen erst nach Wochen wieder, aber frühere Freunde legten ihnen nahe, in Zivil nach Berlin zu kommen, da gehe es vielleicht doch noch. Und nun machten sich wieder einige Erbbauern auf den Weg nach Berlin. Sie wurden aus der Reichskanzlei nach dem Reichsnährstand geschickt, wo man sie auch anhörte und Abhilfe versprach. Die Pacht braucht nicht mehr gezahlt zu werden, aber um so schärfer werden sie jetzt bei der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse angefaßt. Die Bauern schimpfen jetzt auf den Landrat Büchs und seinen Vertrauten, Bauernführer Baron von Rothkirch, die beide als die größten Gauner bezeichnet werden. »Wenn Adolf Hitler so den Bauern hilft, dann sollen die Nazis die Felder allein bebauen« — das ist jetzt Ueberzeugung innerhalb der Leobschützer Bauernschaft.

Zwangsmilitarisierung in den Betrieben!?

Aus Beuthen-OS wird uns geschrieben:

In den letzten Wochen sind in einer Reihe von oberschlesischen Betrieben die Belegschaften zum Grenzschutz bestimmt worden und müssen zwei- bis dreimal wöchentlich militärische Uebungen durchführen, was außerhalb ihrer Arbeitszeit erfolgt. Bekanntlich wurde der Grenzschutz aus dem freiwilligen Wehrdienst gebildet, der zunächst als eine Art Werkschutz im Grenzgebiet gedacht war. Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist in Oberschlesien der Grenzschutz berufen worden, der nicht mehr den Charakter einer freiwilligen Wehrorganisation besitzt, sondern unter Leitung von Reichswehroffizieren steht. Der militärische Charakter des Grenzschutzes wird noch dadurch unterstrichen, daß die Teilnehmer am Grenzschutz auch zu besonderen Kursen zu verschiedenen Truppenteilen abkommandiert werden und dann mit der Leitung des Grenzschutzes in den verschiedenen Betrieben betraut sind. Dieser Grenzschutz besitzt ausreichende Waffen, die letzthin an die Teilnehmer noch durch Zuteilung von Schanzzeug ergänzt wurden.

Innerhalb der Arbeiterschaft, die, aus der Belegschaft ausgewählt, einfach dem Grenzschutz zugeteilt wird, wird dieser Schritt als eine Zwangsmilitarisierung der Betriebe betrachtet, andererseits wird in den Instruktionsstunden an die Abteilungsleiter des Grenzschutzes durch Reichswehroffiziere erklärt, daß der Grenzschutz eine Abwehr bildet, da ja die meisten Betriebe so nahe der polnischen Grenze liegen, daß man auf alles gefaßt sein müsse. Auf die Teilnahme bereits ausgebildeter Mannschaften, besonders solcher, die am Weltkrieg teilgenommen haben, wird großer Wert gelegt. Die Wehrübungen werden von den Teilnehmern nach Möglichkeit sabotiert, doch wird durch die Vorgesetzten großer Zwang ausgeübt, wobei strengste Verschwiegenheit zu beachten sei. Von diesen Wehrübungen sind die Beamten, die bisher hiervon verschont waren, nicht ausgeschlossen. Nachdem nun diese Wehrübungen des Grenzschutzes im größeren Maßstab eingesetzt haben, ist man innerhalb einzelner Belegschaften der Ansicht, daß man unmittelbar vor einer Ueberraschung stehe, weil alles in großer Eile organisiert wird.

Das Gesicht des Faschismus

Ein Augenzeugenbericht über die Vernichtung von Addis Abeba

Die in Genf erscheinende Zeitung »Journal des Nations« veröffentlicht einen Augenzeugenbericht über die Zerstörung von Addis Abeba nach dem Attentat auf Graziani. Die Greueltaten, die die Italiener in Addis Abeba begangen haben, gehören zu den schauerlichsten Verbrechen, die in der Weltgeschichte jemals begangen worden sind. Sie reichen an die Taten von Cortez heran, der Mexiko zerstörte. Der Faschismus scheint sich darauf zu verlassen, daß seit der italienischen Besetzung die Verbindungen nach Abessinien kümmerlich sind und daß über seine Verbrechen nur spärliche und kümmerliche Nachrichten durchsickern. Er hat sich indessen getäuscht. Dieser Augenzeugenbericht lehrt, was es mit der Kulturmission des Faschismus auf sich hat.

Das ist das Gesicht des Faschismus! Angesichts dieser grauenvollen Tatsachen brechen alle die großen Worte zusammen, mit denen der Faschismus sich maskiert! Das ist die »Kulturmission«, die der italienische Faschismus in Spanien wie in Abessinien durchführen will, das ist es, was die Welt zu erwarten hat, wenn die schwarzen und die braunen Faschisten Handlungsfreiheit erhalten.

Wir veröffentlichen diesen erschütternden Bericht, weil er alle angeht. Denn mit der gleichen Verachtung aller humanitären Regungen, mit der gleichen Bestialität gehen die totalitären Systeme gegen ihre innenpolitischen Gegner vor!

Hier ist dieser Augenzeugenbericht:

»Im Süden in der Seenregion rückte eine Widerstandsarmee gegen Addis Abeba vor. Die Bevölkerung der Hauptstadt erwartete sie mit sichtbarer Ungeduld. Aber der General Graziani entfaltet das Gros seiner Streitkräfte, um sie aufzuhalten. Und in einem gegebenen Augenblick begibt er sich persönlich dahin. Aber nun verbreitet sich in der Stadt ein Gerücht sehr rasch: Graziani sei im Verlauf einer Schlacht gefallen. Die Autoritäten in dem Hauptstadt sind davon stark beunruhigt. Die Anwesenheit von General Graziani wird notwendig.

Es war am Tag des Heiligen Michael (19. Februar), die Abessinier, die sehr an ihren Traditionen hängen, schicken sich an, ihn mit Glanz zu feiern. Aber da ist der General angekommen und unterbricht die Feier, indem er alle Chefs und alle eingeborenen Notablen beruft, einschließlich der Priester. Eine ganze Stunde lang müssen sie einer der unverschämtesten Reden zuhören, die ihnen auf das heftigste vorwirft, daß sie das Gerücht von seinem Tode in die Welt gesetzt und bestätigt hätten. Endlich, nachdem er die Allmacht des faschistischen Italiens und die übermenschlichen Kräfte des Duce gefeiert hat, fordert er sie auf, den Duce und den König von Italien und Cäsar von Abessinien zu begrüßen. Die Arme erheben sich, aber nur, um Bomben gegen den zu werfen, der ihnen Worte entgegengeschleudert hatte, die von ihnen als ein Sakrileg angesehen wurden. Graziani selbst und die höheren Offiziere, die ihn umgaben, sind mehr oder weniger tödlich verletzt. Graziani hat noch die Kraft, zu rufen: »Rächt mich, tötet sie alle!« Alle Ausgänge des Palastes wurden sofort durch Kreuzfeuer aus Maschinengewehren versperrt. Alle Abessinier, die sich innerhalb der Mauern befanden, werden mit Revolverschüssen, mit Bajonetten und Dolchen durch die anwesenden Milizen getötet. Es gelingt indessen einigen, die Mauern zu erklettern und zu verschwinden.

In diesem Augenblick wurde die Entscheidung getroffen, die ganze Bevölkerung von Addis Abeba zu massakrieren. Ein Befehl, der in der Geschichte als ein unauslöschliches Schandmal für das faschistische Italien stehen bleiben wird, ergeht: »Schließt die Stadt ein, niemand von dieser verfluchten Rasse darf übrig bleiben. Macht mit ihr, was ihr wollt.«

Dieser Befehl wird sofort den in der Hauptstadt anwesenden Besatzungstruppen mitgeteilt. Diese Truppen hatten annähernd die folgende Stärke: Reguläre Truppen 35.000, Milizen und Schwarzhemden 40.000 Mann, erythräische Askaris 5000 Mann, tripolitanische Askaris 3000 Mann, insgesamt mehr als 83.000 Mann.

Die »verfluchte Rasse« bestand aus der Bevölkerung von Addis Abeba. Wieviel beträgt sie in diesem Augenblick? Niemand kann es genau sagen. In der guten alten Zeit schwankte sie zwischen 250.000 und 300.000 Einwohnern. Nach Beginn des Krieges und infolge der Nähe der Besetzung und während der ganzen folgenden Zeit hatte sich die Bevölkerung der Stadt unaufhörlich in eindrucksvoller Weise vermindert. Derart, daß im Augenblick, wo dies schreckliche Urteil über ihren Kopf erging, die Bevölkerung von Addis Abeba kaum 50.000 übertreffen konnte.

Die regulären Truppen geben Zeichen von Entrüstung, als man ihnen diesen haßerfüllten Befehl mitteilt. Man beeilt sich deshalb, ihre Tätigkeit auf die Besetzung der befestigten Positionen in der Stadt und um die Stadt herum zu beschränken, um allen Flüchtlingen jeden Ausweg durch das Feuer der Artillerie und der Maschinengewehre zu versperren. Die erythräischen Askaris weigern sich glatt, da sie Soldaten seien und nicht Mörder von Frauen und Kindern. Sie werden in den Kasernen eingesperrt, mehrere von ihnen erschossen. Die Milizen und die Schwarzhemden und die unglücklichen lybischen Askaris dagegen geben sich dem düsteren Geschäft mit Wonne hin. Man verteilt an sie in Massen Revolver, Handgranaten, Dolche, Knüttel und dann avanti! In einem Augenblick erheben sich die gigantischen Vögel des Todes vom Flugplatz Akaki und beginnen mit Bomben die ganze Peripherie der Stadt zu zertrümmern. Von den befestigten Punkten aus speien Kanonen und Maschinengewehre unaufhörlich einen Hagel von Blei, während im Innern von allen Seiten riesige Brände die Stadt in Trümmer legen. Dichte Rauchwolken erheben sich und verdüstern den Himmel. Scharfe und dumpfe Schläge ertönen, sie vermehren sich rasch, von Zeit zu Zeit durch schwächere unterbrochen. Entsetzte Männer, Frauen und Kinder laufen in voller Auflösung in allen Richtungen. Aber da werden sie in Gruppen von zehn, zwanzig, fünfzig, hundert niedergeschlagen. Kurze Zeit nachher sind die Straßen mit Leichen bedeckt. Niemand wagt sich mehr hinaus.

Und nun beginnt eine Methode, die in der Hauptsache während drei langer Tage verfolgt wird. Diese Methode besteht darin, daß man Feuer an die Häuser legt, abwartet, daß die Bewohner durch den Brand herausgejagt werden und sie dann unterschiedslos ermordet. Mit Dolchen, Bajonetten, Handgranaten, Knütteln, Steinen, mitunter auch mit Feuerwaffen.

Anderwärts sieht man Gruppen von Faschisten arme Menschen an Lastwagen anbinden und sich damit amüsieren, sie von Stadtviertel zu Stadtviertel zu schleifen, bis sie in Stücke gerissen sind. Andere vergnügen sich damit, nackte Frauen zu Tode zu peitschen vor den Blicken ihrer ohnmächtigen Gatten und Brüder. Andere machen sich daran, ihre Opfer mit Steinwürfen zu quälen, obgleich diese sie anflehen, mit einem Schuß ein Ende zu machen. Andere vergnügen sich damit, mit ihren Keulen Kinder zu zerschmettern, die einige Augenblicke vorher Waisen geworden sind.

Die Tripolitaner, deren bestialischer Instinkt durch das Beispiel ihrer Herren aufgereizt worden war, die sie immer noch mehr anstachelten, indem sie ihnen sagten, daß jetzt für sie die Stunde der großen Rache gekommen sei, hatten sich darauf spezialisiert, ihren Opfern die Gurgel abzuschneiden oder sie kaltblütig auszuweiden, ihnen die Eingeweide herauszureißen und ihnen langsam den Geist aufgeben zu lassen.

Ueberall floß das Blut in Strömen, entsetzliche Schreie von Frauen und Kindern mischten sich in das diabolische Konzert der modernen Waffen. Drei Tage des Mordens vergingen so. Die »neue Blüte«, die Stadt der Mimosen und des Eukalyptus, die mit dem Gewimmel ihrer friedlichen Einwohner, immer in Weiß gekleidet, den Anblick eines ungeheueren festlichen Parks bot, ist nur noch ein düsteres Schlachtfeld, mit Leichen besät.

In einigen Stadtvierteln bedecken die Leichen Straßen und Plätze vollständig. Auf dem Platz von St. Georg, der des Reiterstandbildes Meneliks des II. beraubt ist, bilden die Leichen wahre Hügel. Die Kathedrale von St. Georg selbst, die vor 40 Jahren zum Gedächtnis des Sieges von Adua errichtet worden ist, ist von der Wut und dem Vandalismus der Blutmenschen nicht verschont worden. Sie haben sie mit Benzin begossen und dann Feuer angelegt. Die Mauern stehen noch, aber das Innere der Kirche ist vollständig zerstört. Niemand von den wenigen überlebenden Abessiniern hat das Recht, die Leichen seiner Angehörigen aufzuheben und niemand darf sie beweinen, wenn er nicht erschossen, eingekerkert oder deportiert werden will. Allein die Faschisten sammeln mit Lastwagen die Leichen auf, die verbrannt werden sollen.

Immer noch hört man bald hier bald da Schüsse fallen, die manchmal zu Salven werden. Dann hat man Gruppen von Familien entdeckt, die sich unter Brücken oder in den Löchern der Steinbrüche von Gulale verborgen haben.

Es gibt auch den Fall der siebenhundert Flüchtlinge in der Botschaft der Vereinigten Staaten, die man von dort herausgeholt hat, nachdem man versprochen hat, ihr Leben zu schonen und die man unmittelbar vor dem Tore der Botschaft unter den entsetzten Blicken des amerikanischen Vertreters dahingemordet hat.

Man ist mit Gewalt in den Bereich der französischen Botschaft und anderer Häuser der wenigen Europäer eingedrungen, die nach der italienischen Besetzung in Addis Abeba geblieben sind. Alle Winkel der Stadt sind durchwühlt worden, und alle Eingeborenen, die man gefunden hat, sind niedergeschlagen worden.

Kann man die Zahl der Toten in den drei Tagen, die dem Attentat gefolgt sind, schätzen? Mehr als 35.000 sind allein in Addis Abeba massakriert worden. Drei Tage danach fuhren die Lastwagen immer noch die Leichen.

Endlich erkundigten sich die Autoritäten zum letzten Male, ob alle jungen Intellektuellen ausgerottet wären. Nicht ein einziger war davongekommen. Sie waren alle schon vorher zur Ausrottung vorgesehen. Nur die Gelegenheit dazu hatte bisher gefehlt. Nun war sie unverhofft gekommen. Einige dieser jungen Intellektuellen sind mit unerzählbarer Grausamkeit dahingemordet worden. Kefle Nessibu, der junge Offizier von der Militärschule von Guennet, Georg Heruy, Sohn des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Tesfe Tegegne, Direktor in diesem Ministerium, Schaka Pellehu, Kronkämmerer, Baru Kaba, Fliegeroffizier, die drei Söhne des Dr. Martin, Mammo Gebru, Offizier von der Militärschule von Guennet, und noch andere haben tausend Tote gefunden.

Unter den Leichen, die die Straßen verpesten, hat man erkennen können: Bitwoded Wolde-Sadik, Präsident des Senats, Dediazmatch Wolde-Emmanuel, Gouverneur von Jimma, Blatengeta Woldemariam, ehemaliger abessinischer Gesandtner in Paris, Blatta Ayele Gebre, ehemaliger Präsident des Sondergerichtshofs, Ato Bechah Wored, ehemaliger Direktor des Finanzministeriums, Kegnasmatch Wolde-Yohannis, Indentant des kaiserlicher Hauses, Belacheou Adatie, Kontrolleur der französisch-abessinischen Eisenbahn, Taddesse Mechecha, ehemaliger Chef des Dienstes der Route von Jimma usw. usw.

Mehrere tausend Personen haben aus der Stadt entweichen können. Aber viele von ihnen sind durch die Bomben und Maschinengewehre der Flugzeuge getötet worden, andere sind von der Kavallerie eingeholt worden und gemeinsam mit den Dorfbewohnern ermordet worden, die sie aufgenommen hatten. In der kleinen Station von Modjo sind mehr als 250 Personen getötet worden.

Führer, die im Augenblick der Attacke verhaftet waren, sind in Flugzeugen nach unbekannten Bestimmungsorten gebracht worden.

Jetzt bietet die Stadt den Anblick eines Schlachtfeldes nach den Kämpfen. Man sieht nur noch Truppenposten und Patrouillen, so als ob der Angriff eines furchtbaren Gegners bevorstünde. Die Schwarzhemden singen laut, sie bilden Gruppen, in denen jeder sich beeilt, seine Taten zu erzählen, und sich der Zahl und der Art seiner Opfer zu rühmen.

Ueberall in der Stadt die Ruhe des Todes. Man sieht indessen in den vom Zentrum entlegeneren Vierteln einige überlebende Abessinier umherirren zwischen den rauchenden Fackeln der Eukalyptusbäume, ohne Obdach und ohne Nahrung. Sie werden bald von den Faschisten oder vom Hunger erledigt sein. Denn niemand kommt mehr in die Stadt hinein. Es gibt keine Märkte mehr, keine Lebensmittel mehr und der Hunger erfaßt ernsthaft die Armee Mussolinis.

Die Bevölkerung der die Hauptstadt umgebenden Gebiete ist durch Flugzettel, die man von Flugzeugen abgeworfen hat, aufgefordert worden, die Armee mit Getreide und Vieh zu verproviantieren. Aber niemand wagt sich mehr in die Stadt hinein, von der die Legende geht, die sich auf die grauenhaften Mordszenen stützt, daß dort Menschenfresser wären. Diese Weigerung hat genügt, um aufs neue den Terror durch Fliegerbomben und Giftgas zu entfesseln.

Und die Repressalien, dehnen sich sehr rasch auf entfernte Regionen aus. Ueberall da, wo Italiener stationiert sind. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß in Lekemti im Wollegabezirk mehr als 600 Kinder massakriert worden sind, weil die Leute bei der Annäherung italienischer Kräfte die Flucht ergriffen hatten. Ueber dem ganzen Lande lastet die italienische Vendetta und ich frage mich, bis zu welchem Punkt die Welt untätig der Agonie eines unschuldigen Volkes zusehen kann.

Es steht mir nicht zu, die verzweifelte Geste junger Patrioten zu billigen oder zu mißbilligen. Sie haben ganz einfach die Aufmerksamkeit der Welt auf ihr klägliches Geschick lenken wollen. Es ist besser, an einem Tage als Held zu sterben, so sagte mir einer von ihnen, als zwei Tage unter der Herrschaft dieser da zu leben.

Aber wird ein ganzes Volk in einem einzigen Tage verschwinden können?

14. März 1937.«

Francos Hörspiele

Im deutschen Rundfunk gibt es »Die Stunde der jungen Nation«. Diese Stunde wendet sich besonders an die Jugend und brachte kürzlich ein Hörstück »Alkazar«. Herzlich unbedeutend und eine Hurrafassung der Verteidigung des Alkazar durch die Kadetten von Toledo. Verherrlichung eines Offiziersputsches. Großes Getöse, ununterbrochenes Geschieße. Der deutsche Durchschnittshörer mag sich gesagt haben: Laßt uns zufrieden, wir sind nicht für Francos Söldner und wollen keine Kriegszündelei. Gebt uns unsere Söhne zurück! — Unter den vielen Schlagworten vermißte man die »Rettung der Religion«. Die Neuheiden kamen damit wohl nicht recht zufache und es ist ja wohl auch nicht leicht, die katholische Kirche in Deutschland zu verfolgen und zu ächten und in Spanien zu retten.

Dafür entschädigte das Stück mit einem anderen Schwindel, er wurde vor den Beginn der Kanonaden gesetzt. Ein Offizier meldet seinem Kommandanten: Die Bluthunde Moskaus sind am Werke; in Madrid wird von den Bolschewisten eine Bartholomäusnacht vorbereitet. — Aber gleich darauf kommt die Nachricht: Franco hat losgeschlagen, Franco ist der Bartholomäusnacht zuvor gekommen. Eviva Espania!

Die Welt weiß, daß diese Darstellung eine Lüge ist, daß nur einer eine Bartholomäusnacht vorbereitete und das spanische Volk im tiefsten Frieden überfiel: Franco und seine Clique. Dem deutschen Volke wird diese faschistische Lüge noch immer und in immer neuen Formen serviert. So arbeitet der Faschismus. Und was tun die Demokratien? Wann endlich kommt das Hörspiel, das die spanische Tragödie in ihrer geschichtlichen Wahrheit darstellt? Die demokratischen Institutionen sind für Nichteinmischung, mag auch darüber die Wahrheit in Grund und Boden gestampft werden.

Es gärt in den Betrieben

Nachdem sie die Gewerkschaften zerschlagen hatten, versuchten die braunen »Sozialisten« den Arbeitern weißzumachen, die neue Volksgemeinschaft werde ein Vertrauenverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern schaffen, durch das der Verlust des freien Koalitionsrechtes reichlich wettgemacht würde. In mehreren deutschen Betrieben haben die Arbeiter dieses »Vertrauensverhältnis« jetzt auf die Probe gestellt, indem sie Unterschriften sammelten und dem Väterchen Arbeitgeber ihre Proteste gegen Lohndruck und Ueberarbeit schriftlich unterbreiteten. Die Unternehmer selbst haben zwar auf diesen Vertrauensbeweis vielfach gar nicht reagiert, aber die offizielle Zeitschrift »NS-Sozialpolitik« erteilt eine desto deutlichere Antwort. Sie weist darauf hin,

»daß das Sammeln von Unterschriften im Betrieb zum Zwecke sogenannter Protestrevolutionen eine Störung des Arbeitsfriedens darstellt. In Zeiten parlamentarisch-demokratischer Arbeitsverfassung mögen derartige Versuche vielleicht am Platz gewesen sein. Heute aber seien sie abzulehnen, weil sie den Grundideen unserer neuen Sozialordnung aufs schärfste zuwiderlaufen. Würde ein Mitglied der Betriebsgemeinschaft durch das Sammeln von Unterschriften versuchen, auf die Betriebsführung einen Einfluß auszuüben, denn würde dies mit dem Führerprinzip nicht vereinbar sein, aber erst recht der Idee der Betriebsgemeinschaft entgegenstehen. Wenn an der Unterschriftensammlung sich etwa gar ein Vertrauensmann beteiligte, dann würde der Reichstreuhänder der Arbeit ihn sofort abberufen.«

Diese aufgeregte Drohung beweist, daß die Stimmung in den Betrieben immer gehobener wird.

International — aber nur gegen Devisen

Zum Heil der von dem »Reichsjägermeister« Göring angesetzten Jagdausstellung Berlin 1937 — der »Olympiade der Jägerschaft der Welt« — bricht ein Herr Hans von Kandarotowitz in deutschen Jägerzeitungen folgende Lanze:

»Müssen wir Jäger auch international sein? Diese Frage können wir ohne weiteres mit einem Ja beantworten. Auch wir Jäger können — und besonders, die welche im Ausland jagen — im Ausland unseren Friedenswillen, wie ihn unser Führer immer wieder betont, zeigen, daß wir unter gleichberechtigten Grenzen auch über unsere Grenzen hinaus Verständigung und Gemeinschaftsaufbau wollen. Auch wir Jäger können international sein, denn auch jenseits der Grenze sind Waidmänner, die usw.«

Uns scheint zwar diese Sprache »ohne weiteres international« zu sein. Doch das nebenbei: was tut das Dritte Reich nicht alles, um ein paar Tschechenkronen und einen holländischen Gulden?!

Die braune Auslese der Tüchtigen

Arbeitersöhne von den Universitäten verdrängt

Beachtenswerte Zahlen werden jetzt aus dem Dritten Reich über die Hörer-Frequenz an den deutschen Hochschulen und Universitäten bekannt. Bekanntlich wurde nach dem Krieg der Andrang zu allen Stätten der sogenannten akademischen Auslese gewaltig. Diese Tendenz zur Verbreiterung des Universitätsstudiums war schon ein Kennzeichen der letzten Vorkriegsjahre; sie war auch ein Stück wachsenden Selbstbewußtseins der deutschen Arbeiterklasse mit ihrer sozialistischen und gewerkschaftlichen Massenwaffe als Rückendeckung. Und es soll auch nicht geleugnet werden, daß die »Ueberfüllung der Hörsäle« in den besten Jahren der Demokratie, von vielen Professoren kurzsichtig genug lediglich unter dem Gesichtswinkel schulbürokratischer oder gar persönlicher Ressentiments betrachtet, in der Tat damals Gesellschaft und Behörden vor neue Problemstellungen des akademischen Unterrichts hinführte.

Nunmehr hat die Hitlerei den gordischen Knoten so zerhauen, wie sie auch die Frage der Arbeitsbeschaffung »gelöst« hat. Der allmächtige Staat und die noch allmächtigere Partei mit all ihren Verästelungen und kunstvoll ausgebauten »Lenk«- und Restriktionsmöglichkeiten haben mit Gewalt den »Vorkriegsstand« numerisch auf den Universitäten wiederhergestellt und feiern das in der Kette ähnlich glanzvoller Hitlersiege. In Ziffern ausgedrückt: die letzte vollständige akademische Bestandsaufnahme ergab für das Wintersemester 1935/36 im Ganzen 81.438 eingeschriebene Studenten, womit die 77.300 des Sommersemesters 1914 fast wieder erreicht wären (allerdings ist in den beiden allerletzten Semestern wieder eine jedoch nur sehr schwach auftretende Aufwärtstendenz wieder zu verzeichnen). Feststeht, daß die Hitlerei in etwa drei Jahren sukzessiv den Andrang zum gelehrten Beruf um ein volles Drittel zusammengepreßt hat!

Der Hörerverlust bei den deutschen Universitäten geht aber ausschließlich auf Kosten der Begabten innerhalb der deutschen Arbeiterschaft! Es wäre für die gleichgeschalteten deutschen Universitätsbehörden ein Leichtes gewesen, die statistische Erfassung dieses »Schwundes« damit zu vervollständigen, daß sie die neue Zusammensetzung der deutschen Universitätshörerschaft nach ihrer sozialen Gliederung vom Elternhaus her einmal festgestellt hätten. Jede Universitätsquästur hat natürlich die Unterlagen sofort zur Hand. Aber das hat man wohlweislich übersehen. Dafür spricht eine Zeitschrift von der immer noch autoritativen Bedeutung für solche Fragen, wie »Die Erziehung« (Aprilheft 1937) von »einer Zurückdrängung des im Vergleich zur gesamten Arbeitswelt des Volkes allzustarken Zustrom zum akademischen Studium.« Natürlich, so kann man es auch ausdrücken! Ganz klar wird der aufreizende Sachverhalt durch eine gleichzeitig mit diesen Universitätsfrequenzzahlen ergangene Mitteilung der obersten Führung der Hitlerjugend über den ersten Lehrgang, der kürzlich durch Gesetz neuerrichteten »Adolf Hitler-Schulen«, die bekanntlich jetzt die Berechtigung zum Universitätsstudium unter Ausschaltung des üblichen Mittelschulweges vermitteln dürfen, allerdings nur an die eben von der Partei als »Begabte« Angesprochenen und Auserwählten. In dieser Mitteilung wird die soziale Gliederung der Elternschaft der erstmalig ausgesiebten »Adolf Hitler-Schüler« fein säuberlich nach Berufen registriert. Man findet da vor allem Kleinhändler, mittlere Beamte, Landwirte usw., usw. Aber vergeblich sucht man darin den vielleicht recht dürftigen Prozentsatz von »Arbeiter«-Eltern, die das Glück ereilt hätte, ihren Sprößling so gefördert zu sehen! Es ist im Dritten Reich eben so: Arbeiterkinder sind von vorneherein disqualifiziert und so leitet man eben ihren »Zustrom« wieder zurück zur »gesamten Arbeitswelt des Volkes«... Pg. Babuffke hat wenigstens wieder sein Bildungsprivileg durch Hitler zurückerstattet erhalten —.

Bereits im Jahre 1923 bestimmte eine Verfügung der republikanisch-sozialdemokratischen Regierung Braun in Preußen folgendes: Nunmehr sollten »denjenigen, die durch besondere Verhältnisse verhindert waren, auf einem der sonst geregelten Wege zur Hochschule zu gelangen, der Zugang zu einem bestimmten Hochschulstudium eröffnet werden, wenn sie auf Grund besonderer Anlagen und ausgezeichnete Leistungen Gewähr dafür bieten, daß sie durch akademische Studien zu hohen geistigen Leistungen gelangen«. Die Verordnung wurde, zum Teil wörtlich, in der kurz darauf folgenden Zeit von fast allen deutschen Bundesstaaten übernommen. Formell hat die Hitlerei sie auch bis heute nicht aufgehoben; nur angewendet wird sie nicht mehr! Dafür hatte aber das Regime schon vor Errichtung seiner ausdrücklich privilegierten »Adolf Hitler-Schulen«, nämlich schon im Jahre 1934, verfügt, daß der Hitler-Jugend das Recht zuzuerkennen sei, selbständig jene Art der Förderung der Begabten (seiner Auswahl, natürlich!) durchzuführen, und zwar in jenem gleichen Sinne der Vermittlung der Hochschulreife ohne vorangegangene »ordentliche« Pennälerzeit. Nur diese letztere von beiden Bestimmungen über den »Aufstieg der Begabten« ist seit drei oder vier Jahren noch praktiziert worden. Soeben hat der zweite Coetus dieser Hitler-»Begabten«-Gruppen (ein ersterer befindet sich bereits seit drei Semester im Hochschulstudium) nach Mitteilung des »Reichsjugendpressedienstes« seine Reifeprüfung an der Universität Königsberg abgelegt. In der Mitteilung — die Prüfung fand am 22. und 23. Februar dieses Jahres statt — heißt es wörtlich: »Aus dem Gelingen dieser zweiten Prüfung der Vorstudienausbildung wird in der Reichsjugendführung der Schluß gezogen, daß das Stadium des Versuches in dieser Form der Begabtenförderung abgeschlossen ist.« Glauben wir auch — und sogar unbedingt! Welcher arme Professor wird noch einen von Baldur von Schirach höchstpersönlich für würdig Befundenen, auch wenn er Karl Marx mit dem Reichspräsidentschaftskandidaten Marx geschichtskundigerweise im »Examen« verwechseln sollte, zurückweisen, nachdem diese Hitler-Jugend selbst eine hohe Reichsinstitution geworden ist und ihre Spitze geradezu reichsministeriell bis unmittelbar an den Thron des »Führers und Reichskanzlers« streift?!

So sind sie denn fein heraus — die Protegés der »alten Kämpfer«! Das geht zwar unter zynischer Zurückdrängung gerade jener Volksschicht, in denen das Ringen um einen gesicherten geistigen Standort (wie ihre Massen- und Kulturorganisationen im freien Deutschland bewiesen) ein Teil ihres sozialen Emanzipationskampfes war, die damit dem nachdenklichen Gegner allen Respekt abnötigte und das Wesentlichste zur Sicherung des intellektuellen und moralischen Niveaus der nationalen Gesamtheit lieferte, ganz auf Kosten dieses großen deutschen Beitrages zur allgemeinen Weltkultur; denn gerade die spezifischen Schichten, die das vorzügliche Rekrutierungsgebiet des Nationalsozialismus darstellten, waren an diesem geistigen Wettbewerb innerhalb der »Volksgemeinschaft« entweder gar nicht oder nur sehr mangelhaft und spärlich beteiligt und danach dürfte auch die Qualität der »Geförderten«, auf der Basis des Datums der Parteimitgliedskarte ihrer Erzeuger, durchschnittlich zu beurteilen sein.

Zahnbürste und Heldentod

Durch die deutschen Zeitungen gehen »Reichsanweisungen für die geordnete Schulzahnpflege«. Darin heißt es sehr vernünftig:

»Der Zahnarzt soll die kindliche Mitarbeit und jugendliche Einsicht gewinnen.. Darüber hinaus ist auf Schüler aller Altersstufen durch Gewöhnung an die Zahn- und Mundreinigung sowie der Körperpflege überhaupt fortdauernd erzieherisch einzuwirken.«

Am Schluß aber folgt das Eingeständnis, daß diese hygienschen Wohltaten nicht aus reiner Menschenliebe erwiesen werden:

»Kein deutscher Mann soll mehr vom Wehrdienst zurückgestellt zu werden brauchen, weil seine Wehrfähigkeit durch schadhafte Zähne und damit zusammenhängende körperliche Schäden herabgesetzt ist.«

Die Zähne müssen gesund sein, damit sie sich zum Zerschießen eignen.

Volkslied

zum recht laut singen

Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein,
Bei einer Frau Wirtin da kehrten sie ein.

Euer Wein ist rar, Euer Bier ist dünn,
Frau Wirtin, wo ist Euer Wohlstand hin?

Das Geld ist knapp und die Gerste ist rar,
Mein Wohlstand gehöret schon lang dem Arar.

Die Butter ist ranzig, die Wurst ist gestreckt,
Aber ziehet nur weiter. Es gibt hier noch Seckt.

In Berlin, wo der Vegetarier haust,
Wird von seinen Mannen noch wacker geschmaust.

Er selbst ißt zwar nur ein Köpfchen Salat
Und trinkt blankes Wasser der Aristokrat.

Doch, flüstert die Wirtin, mir ist das nicht klar,
Das Grünzeug kost zwanzig Milliarden im Jahr.

Dann fuhr sie fort, wollen Sie bei uns heut bleiben?
Ich muß sie sofort in das Meldebuch schreiben.

Wie hieß denn bitte Ihr Großpapa
Und stand er den Bibelforschern nah?

Ich hoffe, daß Sie meine Frage nicht stört,
Hat je Ihre Ahnfrau mit Juden verkehrt?

Es zogen drei Burschen zurück über'n Rhein
Und kehrten vor Basel nicht noch einmal ein,
Und kehrten vor Basel nicht noch einmal ein.

Bong Tong.

Der wahre Nero

Als aber der braune Schriftsteller Hilterich Baldur erkannt hatte, wie oft von marxistischer und liberalistischer Seite der römische Diktator Nero gegen das Dritte Reich mißbraucht wurde, da gab es für Balduras Tatwillen kein Halten mehr. Eine Ehrenrettung Neros mußte her; er setzte sich hin und bebrütete ein Werk. Es sollte heißen: Die Wahrheit über Nero. Und je mehr er sich in seinem Stoff verbohrte, desto mehr wurde ihm und anderen Mitgliedern der Reichskulturkammer klar, wie dreist bisher auch im Falle Nero humanistische Weichlichkeit und Geschichtspedanterie ihren Haß gegen den starken Führergedanken die Zügel schießen ließ. Baldur zerpflückte in seinem Werk die liberalistische Nerolegende mit neugermanischer Gründlichkeit.

Ach, wie antiheroisch berichtete doch die liberalistische Geschichtsauffassung drauflos! Da soll Nero ein Schreckensregime etabliert und zahlreiche seiner Freunde ohne Gerichtsverfahren vom Leben zum Tode befördert haben, aber welch Diktator unserer Zeit könnte sich gestatten, seinen Freunden ein ordentliches Gerichtsverfahren zu gewähren, wenn sie einer Verschwörung verdächtig sind? Wer zuerst schießt, schießt am besten. Neros Vorgänger Caligula wurde von seinen Freunden umgebracht, warum sollte Nero nicht daraus lernen und beizeiten seine Freunde umbringen? Und beweist es nicht eine gewisse demokratische Unparteilichkeit, wenn ein Herrscher nicht nur seine Gegner, sondern auch seine Freunde bei Nacht und Nebel killen läßt?

Es heißt, er raubte das Eigentum der Gekillten und erpreßte Schätze, indem er die Besitzer der Schätze bedrohte. Das ist eine so unsinnige Deklaration, als wollte man den Eherkonzern eine Erpressungseinrichtung nennen, weil die meisten seiner Zeitungen einst im Besitze von Gegnern des nationalsozialistischen Staates waren.

Weiter, Nero hat seine Mutter, sowie seine erste und zweite Frau ermorden lassen, was nicht beschönigt werden soll. Aber wieso mußten sich diese Weiber in Familienstreitigkeiten mischen? Außerdem beweist auch dieser Fall, daß der Diktator der beste Demokrat war, in dem er Gift und Richtschwert selbst vor seiner Mutter und seinen Frauen nicht Halt machen ließ und den Gifttrank kredenzte, wie es gerade kam. Mehr gleiches Recht für alle kann man nicht verlangen. Daß er seinen früheren Lehrer und Berater, den Dichter und Philosophen Seneca zum Tode verurteilen ließ, geht auch in Ordnung, denn dieser Spanier war eine Intellektbestie, ein liberalistischer Weltbürger, ein Pazifist ohne nationalen Fanatismus, den das spätere Mittelalter beinahe heilig erklärt hätte.

Bleibt die blutige Verfolgung von Christen, die Nero angeblich zu Hunderten als »lebende Fackeln« verbrennen ließ, woran die Christen selbst nicht unschuldig sind. Die Römer hatten ihre alte ehrliche Naturreligion mit ihren völkischen Kampf- und Schwertgöttern. Die Christen predigten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, waren also bolschewistische Vorläufer von 1789. Sie schwärmten ganz ungeniert von ewigem Frieden und Pazifismus und huldigten dem jüdischen Jesus, weil ihre gesamte Mitgliedschaft jüdisch verseucht war. Die sogenannten Christenhetzen waren also Judenverfolgungen — und hat Nero damit nicht recht behalten?

Immer legte Nero Wert auf die Volksgunst, darum gab er dem Volke Brot und Spiele, Christenverfolgungen und Massenspeisungen, was etwa unserer Winterhilfe gleichkommt. Er war also nicht nur der beste Demokrat, sondern auch der beste Sozialist seiner Zeit, gewissermaßen der erste Nationalsozialist. Und wenn er auch in punkto Genialität nicht an unsern Führer heranreicht, so bewies er nichtsdestoweniger allerhand künstlerische Talentierung. Er dichtete, sang und malte auch und redete ebenfalls gern von Kunst. Dafür verachtete er das Wissen und hatte nichts wirklich gelernt. So stark war seine Kunstbegeisterung, daß er beim Brande von Rom im Jahre 64 das Gedicht vom Untergang Trojas rezitierte, und als er sich vier Jahre später auf Geheiß des Senats (man beachte, wie sich hier ein Rest des verruchten Parlamentarismus rächte!) den Tod geben mußte, rief er mehrere Male aus: »Welch einen Künstler verliert die Welt in mir!«

Zu untersuchen bliebe Neros Verhältnis zu den Tieren, die ja im nationalsozialistischen Staat verstärkten Schutz genießen, denn sie sind jenseits aller Kritikasterei. Jener Caligula, den die liberalistische Geschichtsschreibung ebenfalls als irrsinnigen Blutsäufer beschimpft, ließ bekanntlich seinem Lieblingspferde einen Stall aus Marmor und mit elfenbeinerner Krippe erbauen, ließ es manchmal an des Herrschers Tisch bringen und mit vergoldetem Hafer füttern. Auch Nero soll einen Sklaven den Löwen vorgeworfen haben, weil er Neros Lieblings-

Geistige Kost für freie Berufe

40 Milliarden Einzelverbrauch — 40 Milliarden »Gemeinschaftsverbrauch«

Innerhalb der Deutschen Arbeitsfront besteht neben den Gliederungen für »Arbeiter mit der Faust« auch eine Reichsbetriebsgemeinschaft 13 für »Freie Berufe«. Das Niveau des Fachlichen Schulungsblattes für die Akademiker-Berufe unterscheidet sich in nichts von der öden Selbstbeweihräucherung der übrigen Arbeitsfront-Blätter. Die Erzählungen von der Größe und Weisheit des Führers sind lediglich noch länger und langatmiger als sonst. So befaßt sich das Fachblatt auf einem zwölf Seiten langen Aufsatz mit dem Problem der Verbrauchslenkung.

»Das Volk als Ganzes ist eine zeitlose Erscheinung«, also gibt es auch keine »isolierte Sozialpolitik«. Alle sozialpolitischen Maßnahmen müssen der Verbesserung der Lebenshaltung »des ganzen Volkes dienen«. Dank dieser »Sozialpolitik für das Volk« erübrigt sich der besondere Arbeiterschutz. Das nächste Erfordernis der neuen Sozialpolitik ist die »Stetigkeit der Entwicklung«, während früher nur »Augenblickerfolge« erzielt wurden. Beweis:

»Was nützt ein hohes Einkommen, wenn es in wenigen Wochen bereits wieder durch die Arbeitslosenunterstützung abgelöst wird?«

Die Stetigkeit aber macht eine »politische Sicherung des Volkes« notwendig, denn ein politisch bedrohtes Volk wird ebenso wenig eine erfolgreiche Wirtschaft betreiben können, »wie der Farmer, dessen Hof dauernd Ueberfällen wilder Volksstämme ausgesetzt ist.« Darum spielt in den weiteren »Richtlinien für die Lebenshaltung die Wehrhaftmachung des Volkes immer wieder die entscheidende Rolle. Der folgende Abschnitt »Die wirtschaftliche Zwangslage« bringt die Erläuterung zur Sparsamkeit des einzelnen, denn die »Wehrfreiheit« setzt nicht nur Wehrwillen, sondern auch Geld und Rohstoffe voraus. Unter dem Schlagwort des »außenpolitischen Lebenskampfes der Nation« werden alsdann die entsprechenden Verhaltungsmaßregeln für die »verbesserte Lebenshaltung« gegeben.

»Zur Lebenshaltung gehört freilich nicht allein, was für den täglichen Verbrauch mit Bargeld gekauft wird, es gehört dazu auch alles, was der einzelne als Glied der Gemeinschaft leistet und empfängt .... Wer wollte leugnen, daß Rechtssicherheit und Schutz der Grenzen wesentliche Bestandteile der persönlichen Lebenshaltung der einzelnen Volksgenossen sind?«

Für die »Verbrauchslenkung« ergibt sich nun die Aufgabe, »den Vorrat an Lebensgütern so zu rationalisieren, daß daraus das größtmöglichste Maß an Lebensgütern erwächst«. Diese Umschreibung einer rationierten Kriegswirtschaft, wie sie im Dritten Reich mitten im Frieden eingeführt ist, wird auch hinsichtlich der Löhne menschenfreundlich erklärt.

»Erhöhte Geldeinkommen würden sich sofort in erhöhter Nachfrage nach Fett, Eiern, Fleisch und Textilwaren niederschlagen, also in Waren, die wegen der Devisenschwierigkeiten nicht beliebig zur Verfügung stehen.«

Zum Trost für die Konsumenten fügt indes die Zeitschrift hinzu, daß es noch weite Gebiete der Lebenshaltung gäbe, die von Devisen gänzlich unabhängig sind.

So z. B. der Verbrauch von Sauerkäse (Harzburger Limburger usw., Grünkern usw.).«

Im ganzen käme es eben darauf an, den »Gemeinschaftsteil der Lebenshaltung« in den Vordergrund zu rücken. Diese fast sozialistisch klingende These wird in einem Kapitel »Der organisierte Verbrauch« erläutert.

»Die Ausgaben der privaten Haushaltungen haben sich von 1933 bis 1935 um 6 bis 7 Prozent erhöht. Die durch die Gemeinschaft der Partei und des Staates organisierten Leistungen haben sich jedoch in der gleichen Zeit um rund 70 Prozent erhöht.«

Zum organisierten Gemeinschaftsverbrauch werden gezählt:

»all die Leistungen, die Partei und Staat als Gemeinschaft vollbringen. Das sind also Leistungen, die aus der politischen Führung und Verwaltung, aus der Rechtspflege, dem Bildungswesen, dem Wohlfahrtswesen, der Sozialpolitik, der Wehrpolitik usw. erwachsen.«

Wir zweifeln nicht, daß der »organisierte Verbrauch« der Hitler-Partei eine gewaltige Steigerung erfahren hat. In dem Aufsatz werden die sozialen Ausgaben des früheren Regimes mit 17 bis 18 Milliarden beziffert (1931/1932).

»Seitdem sind zusammenfassende Zahlen nicht mehr veröffentlicht worden, sie wären aber sicherlich um mehrere Milliarden Reichsmark höher — allein schon infolge der Ausgaben für die Wehrmacht.«

Diese »Leistungen« des Staates sind um so gewaltiger, als nämlich die Ausgaben für Sozialpolitik, wie Unterstützung der Arbeitslosen und Invaliden nur noch einen Bruchteil der früheren Leistungen ausmachen. Die Volksgenossen werden sicher einsehen, daß angesichts dieser Gemeinschaftsleistungen die persönlichen Entbehrungen an Ernährung und Einzelverbrauch gern und willig hingenommen werden können. Der »Wandel der Lebenshaltung« müsse darin gesehen werden, daß dank der Partei das Volk von der »Ausbeutung rassefremder Elemente« befreit, durch einen großen Luftschutz gesichert und vom Bolschewismus »gerettet« worden sei.

»Hier versagt jede Geldrechnung .... Etwa 1½ Millionen politischer Leiter leisten täglich mindestens eine Stunde ehrenamtliche Arbeit. Bewertet man diese Arbeit nur mit RM 0.70 pro Stunde, so ergäbe sich daraus eine Jahresleistung von mehr als 375 Millionen RM allein der politischen Leiter der NSDAP.«

Dazu kämen die Leistungen der Amtswalter der DAF, die Luftschutzwarte und all der Nazibonzen, die den »Wandel der Lebenshaltung« gratis und ehrenamtlich gestalten.

»Im ganzen genommen kann man die in Geldwert organisierten Gemeinschaftsleistungen für die Gegenwart auf mindestens 20 bis 25 Milliarden RM schätzen ... Diese Gemeinschaftsleistungen kommen dem einzelnen in dem Umfang zugute, in dem er an dem Gemeinschaftsleben der Nation teilnimmt.«

Neben diesem Gemeinschaftsverbrauch gibt es dann einen organisierten Einzelverbrauch. Das Dritte Reich liefert Gas und Elektrizität angeblich billig, die Arbeitsfront leistet Unterstützungen, das Winterhilfswerk hilft den Notleidenden und »Kraft durch Freude«, wie »Schönheit der Arbeit« leisten den Rest an »organisiertem Einzelverbrauch«. Die »Gesamtumsätze« innerhalb des organisierten Einzelverbrauchs »können für 1935 vorsichtig auf 10 bis 15 Milliarden geschätzt werden«.

Zusammenfassend wird folgende Rechnung aufgemacht:

Der freie Verbrauch: jährlich 35 bis 40 Milliarden RM. Organisierter Einzelverbrauch: 10 bis 15 Milliarden RM. Gemeinschaftverbrauch 20 bis 25 Milliarden RM.

Im Dritten Reich macht demnach, wie rühmend hervorgehoben wird, die organisierte Leistung in der Lebenshaltung des Volkes die Hälfte des ganzen Verbrauchs aus. Angesichts dieser »Revolutionierung der Lebenshaltung« des Volkes sind »der Lenkung des Einzelverbrauchs auch Mittel und Wege eindeutig vorgezeichnet«. Die Rezepte, die im einzelnen für die Hausfrau gegeben werden, sind bekannt, ebenso die Werte, die alljährlich in den Mülleimer wanderten. Wesentlich war, die volkswirtschaftliche Begründung für »eine Lebenshaltung der größten Einfachheit« im Zusammenhang zu erfahren.

Die Lenkung des Einzelverbrauchs soll von den Funktionären der Arbeitsfront gefördert werden. Dazu werden zahlreiche Richtlinien gegeben:

1. Der DAF-Walter muß als erster sich zur Verbrauchslenkung bekennen und selbst in eigener Person vorleben. Es darf z. B. nicht mehr vorkommen, daß ein Walter eben noch den Verbrauch von Schwarzbrot propagiert und dann Milchbrötchen aus der Tasche holt und verzehrt.

3. Beratung im einzelnen auf Grund seiner Kenntnisse der charakterlichen Veranlagung einzelner Betriebsangehöriger. So wird er sich das Vertrauen der Arbeiterfrau erwerben, wenn es ihm gelingt, den Arbeiter, der dazu neigt, seinen Lohn zu vertrinken, zu einem normalen Verbrauch von Bier zu veranlassen.

Für die »Steuerung des Nahrungsmittelverbrauchs« werden ferner Lehrküchen, Kochschulen, Wettkochen usw. organisiert. Dabei ist wesentlich, daß es sich nicht etwa nur um eine vorübergehende Einschränkung der Haushaltungen handelt. Die Zeitschrift »Deutschlands freie Berufe« sagt wörtlich:

Die dafür erforderlichen Mittel sind in Anbetracht der Wichtigkeit des Problems der Verbrauchslenkung, das nicht nur im Augenblick, sondern über Jahre hinaus seine Bedeutung behalten wird, für die Durchorganisierung dieses Apparates in einem Rahmen zur Verfügung zu stellen, der weit über die üblichen Propagandamaßnahmen hinausgeht.

Die DAF-Walter werden schließlich aufgerufen, sich ganz für die Aufgaben der Verbrauchslenkung einzusetzen. Es wird möglich sein, nicht nur die deutsche Versorgungsfrage zu erleichtern,

»sondern auch den einzelnen in seiner Lebenshaltung mehr zu fördern, als eine Umgestaltung der Bargeldlohnverhältnisse in absehbarer Zeit zu erreichen vermöchte«.

So mündet die umständliche Begründung einer »Verbrauchslenkung« im Ziel des Lohndrucks. Beschränkung des »freien Massenverbrauchs«, Erweiterung des »organisierten Einzelverbrauchs« und des »Gemeinschaftsverbrauchs«, d. h. Erhaltung des Parteiapparats und Bereicherung der Betriebsführer durch Niedrighaltung der Löhne, das ist der Sinn dieser »Revolutionierung der gesamten Lebenshaltung«. Das Ganze serviert »Deutschlands freie Berufe« den deutschen Geistesarbeitern.

»Biologische Wehrpflicht«

Während der Gautagung des NSL (Nationalsozialistischer Lehrerbund) sprach Pg. Professor Lenz über »rassenhygienische Bevölkerungspolitik«. Wie die deutschen Zeitungen berichteten, klagte er bitter über das noch immer nicht behobene »Geburtendefizit«. Ein Zehntel der deutschen Bevölkerung sei ohnehin unfruchtbar, auch seien die Sippen stark mit Krankheiten durchsetzt. Wenn nicht endlich ein Durchschnitt von vier Kindern in der Ehe erreicht werde, so müsse man das Einkommen der Kinderlosen und Kinderarmen entsprechend besteuern. »Die liberalistischen Rechner sollen merken, daß Kinderlosigkeit kein Geschäft mehr ist«. Es sei unumgänglich nötig, daß »jeder lebenstüchtige Volksgenosse seine biologische Wehrpflicht erfüllt.«

»Biologische Wehrpflicht« — Heldenmütter, antreten zum Kinderkriegen. Kinder, antreten zum Heldentod! Wer es verabsäumt, sich rechtzeitig und ausreichend zu vermehren, hat sich zwecks Entgegennehme der verwirkten Strafe auf dem Steueramt einzufinden. Saubande! Euch werden wirs beibringen. — Wegtreten!

Eheschließung als Mutprobe

»Die Bestimmung des Reichsführers SS, daß nur derjenige SS-Führer sein kann, der durch die Erlangung des SA-Sportabzeichens seine körperliche Spannkraft bewiesen hat, schließlich die Verpflichtung des SS-Führers zu einer frühen Eheschließung — diese Maßnahmen zeigen deutlich, daß für bequeme und entschlußlose Volksgenossen kein Platz im Führerkorps der SS ist. Ausmerzung aller Trägen und Schwachen, konsequente und restlose Förderung aller Leistungsfähigen, wobei die Bewährtesten in die Führerlaufbahn übernommen werden, ist der Grundgedanke der Führerauslese der SS.«

(Sonderdienst der Parteipresse 3.4.1937)

---

pferd nicht mit genügend Respekt behandelt hatte. Kurz, er muß die Kreatur zweifellos geliebt haben und war einer der letzten starken Ordnungshüter, ein Bollwerk gegen Bolschewismus und Anarchie, die nach seinem Tode auch prompt hereinbrach, indem der Kampf der Heerführer um die Herrschaft entbrannte. Es ist kein Zweifel, daß sich das nationalsozialistische Regime hinter Nero stellen muß, wenn es sich nicht selbst aufgeben will.

*

Als dieses Buch erschien, fand es in der Hitlerpresse begeisterte Zustimmung. »Nur einen großen Fehler beging Nero,« schrieb der »Völkische Beobachter« dazu, »er hätte sich wie wir offen zu Sozialismus, Menschlichkeit und Freiheit bekennen sollen, denn nur die Wahrheit führt zum Siege, nur die rückhaltlose Wahrheit ...«

Karl Rothe.

Die Kluft

Echtermeyers Anthologie deutscher Lyrik gehörte früher zu den Nachschlagewerken, auf die man sich verlassen konnte. Das ist vorbei. Heute ist die Anthologie nach braunen Gesichtspunkten gesäubert und ein Tummelplatz des Dilettantismus. So ähnlich hat es wohl auch der Balladendichter Börries von Münchhausen gemeint, als er in der »Deutschen Zeitung« über die neue Ausgabe berichtete und sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß so manches Kulturgut fehle, während sich so manche Nebensächlichkeit breit mache, von deren Verfasser er keine Ahnung hatte. Darob wieder Krach in der Nazipresse, die dem Balladendichter seinen Adel, sein Alter, sein eigenes Dichten, seine politische Inferiorität vorwarf. Seine rasche Gleichschaltung hat ihm also ebenso wenig genützt, wie die adlige Tapferkeit, mit der er denselben Heinrich Heine 1934 einen Schweinehund nannte, dem er vor 1933 x-mal Liebe und Verehrung ausdrückte.

So weit wäre der Krakeel der braunen Kinderstube in Ordnung. Aber nun fühlt sich auch die »Deutsche Zeitung« in Gefahr und hat das Bedürfnis, etwas Milderndes zur Sache zu sagen. Hier klaffe, sagt das Blatt, wieder einmal die Kluft zwischen den Generationen. »Woher sollen die Aelteren alle die Lieder kennen, die von der neuen Jugend gesungen wurden und darum in den Echtermeyer gelangten?« Das sei der eine Punkt.

»Das andere, was diese Diskussion wieder einmal zeigte, ist dies, daß die Generation Münchhausens und die der heute jungen durch eine viel tiefere Kluft getrennt sind als sonst Geschlechterfolgen. Zwischen ihm und der Jugend, die da um seines Referats willen gegen ihn anging, liegt der Krieg, in dem die Zwischengeneration, die die Brücke hätte bilden können, zum großen Teil ausfiel ... Als wir lange vor dem Kriege jung und neugierig waren, fraßen wir an neuer Kunst und Literatur alles, was wir erreichen konnten: aber die Begriffe neu, modern dehnten wir auch nach rückwärts über ein, zwei Jahrzehnte aus, die vor unserer Geburt lagen. Auch die nahe Historie, die jüngste Vergangenheit, ging uns an.«

Schon die jungen Kriegsfreiwilligen von 1914 wußten nach 1918 mit der wilhelminischen Zeit nichts mehr anzufangen:

»Damals entstand der Bruch: mit der Generation, die hauptsächlich die Blutkosten des Krieges hatte tragen müssen, war die Verbindung zwischen dem Gestern und dem Heute ausgefallen. Als dann das neue Nachkriegsgeschlecht heranwuchs, das auch die Kriegsfreiwilligen schon für alte Herren ansah, verschärfte sich das: nicht nur das 19. Jahrhundert und der Vorkrieg, auch die erste Nachkriegszeit wurde als absolute Vergangenheit genommen.«

Und nun wußte diese Generation nichts mehr von den Kulturwerten, mit denen die ältere Generation aufgewachsen sei ... So geht die D. Z. wie die Katze um den heißen Brei, denn das Trennende zwischen den Generationen drüben ist weniger der Krieg als die nazistische Barbarei, die sich in ihrer »Kampfzeit« wie in der Zeit ihrer Tyrannei nach Kräften bemüht hat, alle Kulturwerte der jüngeren demokratischen Vergangenheit zu bedrecken, zu ächten, zu erschlagen. Während die Demokratie sich bemühte, altes Kulturgut zu erhalten und es dem Volke ebenso nahe zu bringen, wie das neue, hat die braune Despotie die von Generation zu Generation laufende Kulturbande bewußt und beflissen zerschnitten, weil sich diese Despotie vor dem mißhandelten und besseren Geiste der jüngsten Vergangenheit fürchtet und weil sie vor den gemordeten Toten bangt, die in den Generationen der Demokratie täglich auferstehen. Darum darf die »neue Jugend« nicht zurückblicken, darf die starke Literatur von ehedem nur bruchstückweise und frisiert erhalten und darum will diese verbogene, verdummte Jugend nicht verstehen, weshalb ihren Vätern Wedekind oder Hauptmanns Hannele geläufiger sind und bedeutender erscheinen, als irgend ein Marschlied vom Scharführer Irgendwer.

B. Br.

Die Fracht

Die »Preußische Zeitung« bringt ein Gedicht von Hanns Johst, dessen letzten Vers wir zur Erheiterung wiedergeben möchten:

Wir brausen über aller Welt.
Die Nacht
Zur Fracht.
Wir sind wie Rätselsegel aufgestellt
Den Sturm der Sterne einzuzwingen.
Wie lieben Flut und Fahrt und Fracht
Und wir lobsingen
Gott.

Die, die Johsts expressionistisches Gestammel von früher her kennen, werden sich über obiges nicht wundern, sie werden nur über die ewige Fracht stolpern, weil sie nicht wissen, daß Johst einen Spediteur in der Familie hat.

Old Surehand aus Radebeul

Hadschi Halef Omar aus Moritzburg

»Zum deutschen Buben und Mädel gehört mehr als Schulbravheit: Mut, Initiative, Schneid, Abenteurerlust und Karl-May-Gesinnung!« Kultusminister Pg. Hans Schemm †

Am 30. März sind es 25 Jahre her, daß einer der besten deutschen Volksschriftsteller starb: Karl May ... Das Werk dieses deutschen Dichters ist zu einem der gewaltigsten Faktoren in der Jugenderziehung geworden ... In allen Sprachen redet May vom deutschen Edelmut und den mannhaften Tugenden der Deutschen. Denn seine Helden sind nun einmal alle aus Radebeul und Moritzburg.

(Das Schwarze Korps.)

Fauler Zauber für die Nazi-Maifeier

Es fällt ihnen nichts mehr ein

Den schmutzigsten Gipfel der sozialen Demagogie hat das Nazi-System erklommen mit der Schändung des Maifeier-Gedankens durch die Bestimmung des 1. Mai zum »Feiertag der nationalen Arbeit«. Es war eine Meisterleistung der Schlechtigkeit, die Göbbels 1933 vollbrachte und die die Unternehmer bezahlten. Ungeheure Massen wurden in Berlin auf das Tempelhofer Feld gebracht. Strahlendes Wetter, bezahlter Feiertag, das war den Nazis, den Unorganisierten, dem hoffenden Mittelstand und Kleinbürgertum eine große Gelegenheit der Gleichschaltung und die neue Zeit zu feiern. Mitmarschieren mußten auch die Organisierten, denn für den Arbeitslohn hatten sie in die Betriebe als Sammelstellen für den Abmarsch kommen müssen. Dafür wurde am anderen Tag der denkbar größte Raub durchgeführt.

Am 1. Mai 1934 war bereits eine Ernüchterung eingetreten, trotz des Zwanges. Teilweise erhielten die Arbeiter Kontrollkarten zur Abgabe auf dem Tempelhofer Feld. Dennoch drückten sich die Arbeiter zu Tausenden auf dem Marsche. Die Züge, genau so in 13 Säulen eingeteilt wie 1933, waren nicht wiederzuerkennen, so trostlos sahen sie 100 Meter vor dem Ziele aus. Entsprechend mußte geschwindelt werden und der Ansager auf dem Festplatz tat sein möglichstes: »... immer neue Massen strömen heran, über eine Million Menschen sind bereits versammelt. Das Wort nimmt nun der Reichspropagandaminister Dr. Göbbels.« Der Lahme am Mikrophon: »Deutsche Volksgenossen! Ueber zwei Millionen Menschen ...« und die Hörer sagten sich, dieser Göbbels ist doch im Schwindeln unerreicht, denn zwischen den beiden Zahlen lagen keine fünf Minuten. Aber bei der Stirn und dem Maul!

Am anderen Tag hat einer von uns den eingezäunten Festplatz abgeschritten. Wir waren doch einmal preußische Soldaten, 60 Doppelschritte = 100 Meter. Dann rechneten wir militärische Aufstellung mit Tuchfühlung und bei restloser Ausnützung der ganzen Fläche hätten etwa 1¼ Millionen Menschen stehen können. Aber mindestens ein Drittel des Platzes waren eingezäunte Freiflächen für Verkaufsstände etc. Unzählige hatten die von den Warenhäusern für diesen Zweck angebotenen Klappstühle mitgenommen, denn nach dem stundenlangen Marsch konnten die wenigsten noch stehen. Wer die Möglichkeit hatte, legte sich ins Gras, aß seine Stulle und wo sie weit genug entfernt lagen, wurde Karten gespielt. Nur wer das Tempelhofer Feld am 1. und 2. Mai gesehen hat, kann sich ein Bild machen und wenn wir ganz hoch rechneten, hatten höchstens 700.000 und nicht über 2 Millionen Menschen Platz und nach gewissenhafter Rechnung sind im Höchstfalle 500.000 Menschen dabei gewesen. Alles andere ist Nazi-Schwindel gewesen um sich und andere über die eingetretene Ernüchterung zu täuschen.

Am 1. Mai 1935 wurde etwas neues versucht und Ley versprach in einem getrübten Augenblick für das folgende Jahr die Entdeckung des »gerechten Lohnes«. Damit werde er die größten Wissenschaftler beauftragen. Die zur Anwesenheit gezwungenen noch geringeren und nüchternen Menschen waren auch dadurch nicht zu begeistern, denn die Feststimmung für die Nazimaifeier ist endgültig vorbei, alles war in Enttäuschung umgeschlagen.

Je näher der 1. Mai 1936 heranrückte, desto weniger war vom gerechten Lohn zu merken, denn die Arbeiter verstehen darunter in ihrer Not selbstverständlich besseren, höheren Lohn. Die Erfüllung des Versprechens und die Erwartungen mußten ausbleiben, denn Hitler, als Schützer des Unternehmerprofits hat den Ley zurückgepfiffen. Und wie zum Hohn für die enttäuschten Nazi-Arbeiter, die auch auf besseren Lohn warteten, verlangte der Ley von den Massen: »Freut euch des Lebens«. Ein tolles Stück einer besoffenen Stunde! Zum 1. Mai gab es als letzte Errungenschaft die Vollendung der »Ehrengerichtsbarkeit« und eine Neuordnung der »Werksparkassen«. Vom Lohn sprach erst Hitler wieder im September in Nürnberg, wo er jede Lohnerhöhung untersagte und der Vierjahresplan-General setzte darunter den dicksten Strich durch das Verbot des Arbeitsplatzwechsels, um jede Möglichkeit einer Lohnverbesserung zu beseitigen. Ley als folgsamer Hanswurst macht natürlich gern mit, denn er wird nichts riskieren, weil er das schöne Leben zu sehr liebt, und erklärt zuletzt am 14. März 1937 in Stuttgart bei der »Reichsbetriebsgemeinschaft Holz«:

»... es sei nicht Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront, Lohnerhöhungen zu erkämpfen. Aufgabe des Nationalsozialismus sei es vielmehr von Anfang an gewesen, Arbeit und damit Arbeiterbedarf zu schaffen. Die Frage des Lohnes regle sich in dem Augenblick von selbst, wo der Arbeiter gesucht sei. Jedoch werde die DAF andererseits niemals durch Verordnungen soziale Einrichtungen erzwingen.«

Ley war sicher in seinem Normalzustand und hatte vergessen, daß Göring die Lohnregelung durch Arbeiterbedarf verboten hat im Auftrage des Höchsten. Die DAF hat damit selbstverständlich nichts zu tun und etwa soziale Einrichtungen erzwingen, davor behütet die Unternehmer der Ley, Göring und Hitler.

Aber was sagen diese Brüder am nächsten 1. Mai? Keinen »gerechten« Lohn, keinen höheren Lohn, höchstens niedrigeren, schmale Kost und wenig Brot ...! Heiliger Göbbels, was tun? Die Festkonjunktur ist längst vorbei, die ganze Klaviatur ist rauf und runter durchgespielt, die Diktatur hats schwer, die Stimmung noch zu beeinflussen. Dann kam die Erleuchtung. Da hatte doch der »Führer« am 29./8. 1936 eine Verordnung über die Musterbetriebe unterschrieben. Zwar hatte der Ley schon bisher einige dazu ernannt und ihnen gestattet, die Fahne der DAF aufs Dach zu setzen und die Arbeiter sagten, da flattert unser »gerechter Lohn«. Doch jetzt muß was Neues geschehen und Ley ging zum Göring, der am 3. April einen forschen Aufruf zur grenzenlosen Freude aller schwer schuftenden und trotzdem hungernden Arbeiter hinausschmetterte:

»Ich erwarte, daß alle Betriebe, die im Rahmen des Vierjahresplanes eingesetzt oder neu errichtet werden, den Gedanken des sozialen Wettkampfes, wie er in der Verfügung des Führers vom 28./8. 1936 zum Ausdruck kommt, freudig mitmachen. Ich ordne hiermit an, daß alle Einrichtungen und Personen des Vierjahresplanes sich in den Dienst dieses sozialen Wettkampfes stellen. Tarifverträge, staatliche Verordnungen, Paragraphen des Gesetzes und ähnliche Dinge bedeuten nichts, wenn es nicht gelingt, durch dauernde Erziehungsarbeit in den Menschen einen Wettstreit in bezug auf anständiges Denken und Handeln gegenüber anderen Volksgenossen zu erzeugen. Deshalb begrüße ich jede Art von Wettkampf, wie er sich in den Arbeiten der DAF in bezug auf den Reichsberufswettkampf oder das Leistungsabzeichen für mustergültige Lehrwerkstätten usw. ausdrückt.«

Ich erwarte, Ich ordne an! Erschießungen sind glücklicherweise nicht vorgesehen. »Anständiges Denken und Handeln« wagt Göring von anderen zu fordern. Dieser Mann verlangte von den Schutzleuten rücksichtslosen Waffengebrauch gegen die Gegner der Nazis und verstieg sich in Dortmund zu dem Gebrüll eines Wahnwitzigen: »Jeder Schuß ist von mir!« Wer ist schuld am Reichstagsbrand? Wer hat den General Schleicher und seine Frau ermorden lassen? Anständiges Handeln fordert derselbe Göring, der sich erst kürzlich auf Capri eine Villa kaufte, während alle Deutschen ihre ausländischen Werte abliefern müssen, um den Bankrott hinauszuschieben.

Der Hanswurst kommt hinterher, um der Mitwelt zum 1. Mai Spaß zu machen und Ley läßt sich mit folgenden »Ausführungsbestimmungen« vernehmen:

»Mit der Durchführung der Verfügung des Führers habe ich den Stabsobmann der NSBO Dr. Hupfauer beauftragt. Die erste Auszeichnung als Musterbetrieb erfolgt am Feiertag der nationalen Arbeit am 1. Mai d. J. Die Bekanntgabe der Betriebe geschieht anläßlich einer feierlichen Sitzung der Reichsarbeitskammer am 30. April, am Vorabend des Feiertages der nationalen Arbeit. Die Betriebsführer und Betriebszellenobmänner der ausgezeichneten Betriebe werden am 1. Mai dem Führer vorgestellt.«

Das ist nun die große Verheißung zum 1. Mai 1937, gegen die sicher die Unternehmer nichts mehr einwenden werden. Das Theater ist zwar elende Schmiere, aber etwas muß man ja mitspielen für die hohen Rüstungsgewinne. Lange kanns ja nicht mehr dauern. — Nicht der Vertrauensrat — die Einrichtung wird allmählich anrüchig oder komisch — sondern der Betriebszellenobmann muß antreten. Wenn nun »Betriebsführer« und Zellenobmann am 1. Mai dem »Führer« vorgestellt werden, dann werden die Arbeiter und Arbeiterfrauen ihre und ihrer Kinder dünne Schnitten betrachten mit der Kanonen-Marmelade Marke Hitler-Göring. Und ihre Gedanken kreisen um die wahre Maifeier der Solidarität, der gemeinsamen sozialen Tat, der Völkerverbrüderung und ihre Sehnsucht flieht zu den anderen Völkern, wo der 1. Mai noch ein Bekenntnis ist. Das ist auch ein Erfolg des Nazisystems.

Martin Stahl.

Schenkt mir was ...

Es gibt drüben einen neuen Janningsfilm, der sich »Der Herrscher« nennt und sich in der Handlung an Gerhart Hauptmanns »Vor Sonnenuntergang« hält. Nur mit dem Unterschied, daß am Schluß der sterbende alte Herr der Großindustrielle Clausen, sein Werk dem Staate schenkt, was von der Nazipresse als »Dienst an der Volksgemeinschaft« gewertet wird. Das haben Blätter wie die DAZ etwas frostig kommentiert. Es hieß da:

»daß die Uebereignung des Werkes an den Staat, die Clausen-Jannings vollzieht, sicherlich keine allgemeine Tendenz in dem Sinne bezweckt, daß etwa von den Industriellen gewünscht würde, sie möchten ihr Werk dem Staat vermachen. Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches habe es nicht notwendig, die Produktionsstätten in Staatsbesitz zu überführen, um ihren Willen durchzusetzen. Im Gegenteil, der Staat habe in den letzten Jahren planmäßig Industriebesitz, der noch aus den Stützungsaktionen der Krise in seinen Händen war, reprivatisiert.«

Womit die DAZ ganz richtig daran erinnert, daß Hitlers Herrschaft mit Schenkungen an den Kapitalismus begann und in diesem Stile weiter verlief. Denn er ist ja den Großkapitalisten sehr viel schuldig. Diese öffentlichen Feststellungen sind jedoch der Nazipresse sehr peinlich und einige Blätter suchen mit mächtigem Theaterdonner darüber hinwegzukommen. So zürnt die »Nationalsozialistische Landpost«:

Umsonst ist der »Herrscher« nicht als einziger Großfilm dieses Jahres als »staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll« erklärt worden, umsonst ist er nicht nächster und erster Staatspreisanwärter. Das alles besagt, daß er nicht nur als ein Kunstwerk befunden wurde, sondern auch als ein staatspolitischer Aufklärungsfaktor ersten Ranges. Und das letztere nicht etwa wegen einer verschleierten Tendenz, wie es die »DAZ« möchte, sondern wegen der eindeutigen und klaren Forderung zum Besten des Volkes ....

... Dieses für die »DAZ« so heikle Testament ist auf einem vieldeutigen Boden gewachsen. Und auch diesen Acker muß die »DAZ« sehr »allgemein« nehmen. Er wird in tausend Aufsichtsräten und Industriefamilien tausendmal anders aussehen. Aber er wird irgendwie genau so ausgepumpt sein wie bei Clausens. Also entsprechender Verbesserungsmittel bedürfen.

Das ist zwar reichlich unklar und vieldeutig, wie alles, was die Nazipresse zu Wirtschaftsfragen schreibt, aber die DAZ erkennt darin das Kokettieren mit der Sozialisierung und meint dazu boshaft:

Die »Nationalsozialistische Landpost« ist also offenbar der Meinung, daß der Uebergang von Industriewerken in Staatsbesitz oder die Bestimmung der Nachfolger in der Betriebsführung durch den Staat »eine wesentliche Tendenz der kommenden und vom Nationalsozialismus erstrebten Wirtschaft« sei. Diese Annahme findet unseres Wissens in den maßgegebenden Verlautbarungen der führenden Männer von Partei und Staat keine Stütze.«

Göbbels windet sich den Bast von den Händen. Da hat er die Kunstkritik verboten und nun talpt sie an der ebenfalls verbotenen Sozialisierungsfrage herum. Dabei hat die DAZ völlig recht: Bis heute sind alle Aeußerungen der Oberbonzen über Wirtschaftsgestaltung von der Sozialisierung abgerückt. Wer sie forderte, wurde kaltgestellt und mundtot gemacht. Und insofern ist der neue Janningsfilm wirklich »staatspolitisch wertvoll«; er fordert kein Enteignungsprogramm, sondern er läßt den totalen Staat zur großen Sammelbüchse greifen. Der totale Staat wird demütig und bettelt die Großkapitalisten an, wie jener Bettler in Raimunds Volksstück alle Welt ansingt: Schenkt mir was. Ich, der totale Staat, habe euch ja auch so viel geschenkt, nun bin ich in der Klemme, das Volk will etwas von den versprochenen Volksgemeinschaftstaten sehen, wir aber möchten unsern Pgs. Großkapitalisten nicht zu nahe treten, darum seid so gut und schenkt mir was ...

Die Straßensammlung am Märzhimmel

Ein Dokument dafür, daß die Schicht derjenigen, die mit dem Naziregime und seinen Früchten zufrieden sind, immer kleiner wird, ist die Nummer 11 des Kampfblattes der Obersten SA-Führung der NSDAP. »Der SA-Mann«. Nicht weniger als zweieinhalb Seiten dieses Blattes sind dem Kampfe gegen die »Meckerer« und »Miesmacher« gerichtet, und insbesondere einer Ehrenrettung des Winterhilfswerkes gewidmet. Dabei macht jedoch der Inhalt dieser zweieinhalb Seiten klar, daß es sich nicht mehr um eine bloße »Meckerstimmung« handelt, sondern daß eine immer ernstere Mißstimmung wachsende Massen des deutschen Volkes ergreift.

Der »SA-Mann« gibt ein paar Proben dafür wieder, wie sich die Mißstimmung in den Aeußerungen einfacher Leute Luft macht. Wir lesen da:

»Unter dem blauen Märzhimmel brummt ein Bomber vorbei. Wetten, daß sich ein Zeitgenosse findet, der überlegen lächelnd hinaufdeutet und zu bemerken geruht: »Da fliegt unsere letzte Straßensammlung.« Wobei er beifallheischend umherblickt.

Versuche der Aufklärung unter Hinweis auf den alljährlichen Rechenschaftsbericht des WHW scheitern an der Untauglichkeit des Objekts. Denn was unsere Zeitungen schreiben, erscheint jenem Zeitgenossen höchst unglaubwürdig. »Papier ist geduldig.« Freilich vergißt er, diesen Satz auch auf Erzeugnisse der Auslandspresse anzuwenden. Was die schreibt, muß ja wahr sein. Ebenso wahr wie die Meldungen ihrer Rundfunksender ...«

So sehr sich also auch die Nationalsozialisten bemühen, das deutsche Volk dumm zu machen und sie für ihren »deutschen Sozialismus« zu gewinnen — bei erheblichen Massen scheitert der Versuch an der »Untauglichkeit des Objekts.« Selbst der Schwindel mit dem Winterhilfswerk wird eben von einen immer größer werdenden Kreis erkannt, zu dem vor allen anderen die sozialer Hilfe Bedürftigen gehören. Sie wissen, daß früher die öffentliche Wohlfahrtspflege sie viel besser betreute, sie wissen, daß sie von der Arbeiterwohlfahrt, von den Gewerkschaften und von anderen Organisationen, die von den Nazis unterdrückt und zerstört worden sind, erheblich höhere Unterstützungen erhalten haben, als heute von dem WHW, für das sogar bei dem Aermsten gebettelt wird!

Die Wut darüber, daß nach vierjähriger Hitlerherrschaft die Massenbasis ihrer Diktatur dahinschwindet, macht sich in dem Artikel des »SA-Mannes« kaum verhohlen Luft!

Zivilisation führt zum Bolschewismus.

»In den demokratischen Ländern gilt die »Zivilisation« oder die »Prosperität« als das höchste Glück.

Im Gegensatz zu dieser Lehre vom materiellen Glück, die selbstverständlich im Bolschewismus endet, gestaltet der Nationalsozialismus die Lehre von der Leistung.«

(Baldur von Schirach in einem Gespräch mit einem Schriftleiter der »Nachtausgabe« am 27. März.)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im **Einzelverkauf** innerhalb der ČSR Kč 1.40 (für ein **Quartal bei freier Zustellung** Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende **Postscheckkonten** erfolgen: **Tschechoslowakei:** Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. **Prag 46.149. Oesterreich:** »Neuer Vorwärts« Karlsbad. **Wien B-198.304. Polen:** »Neuer Vorwärts« Karlsbad. **Warschau 194.797. Schweiz:** »Neuer Vorwärts« Karlsbad. **Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn:** Anglo-Čechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« **Budapest Nr. 2029. Jugoslawien:** Anglo-Čechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, **Beograd Nr. 51.005.** Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.